

2000

Ausgegeben zu Bonn am 16. November 2000

Nr. 33

Tag	Inhalt	Seite
2. 10. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen	1329
2. 10. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen	1330
5. 10. 2000	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-kroatischen Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	1331
6. 10. 2000	Bekanntmachung des deutsch-ivorischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1331
6. 10. 2000	Bekanntmachung der deutsch-bangladeschischen Vereinbarung über die Entsendung eines deutschen Hockeysachverständigen	1333
13. 10. 2000	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-französischen Abkommens über Kleinwasserkraftwerke an den Kulturwehren Breisach und Kehl/Straßburg	1335
13. 10. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz des architektonischen Erbes Europas	1343
16. 10. 2000	Bekanntmachung der Änderungen der Anlage des Übereinkommens zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs	1343
16. 10. 2000	Bekanntmachung der Änderungen der Anlage des Übereinkommens zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs	1355
16. 10. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zum Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken	1358
17. 10. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Europäische Konferenz der Verkehrsminister	1358
18. 10. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe	1359
23. 10. 2000	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst	1359

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens zum Schutz und zur Nutzung
grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen**

Vom 2. Oktober 2000

I.

Das Übereinkommen vom 17. März 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen (BGBl. 1994 II S. 2333) ist nach seinem Artikel 26 Abs. 3 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Litauen	am	27. Juli 2000
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung		
Tschechische Republik	am	10. September 2000.
Es wird ferner in Kraft treten für		
Aserbaidschan	am	1. November 2000.

II.

L i t a u e n bei Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde am 28. April 2000:

(Übersetzung)

“The Republic of Lithuania declares that, for a dispute not resolved in accordance with paragraph 1 of article 22 it accepts the means of dispute settlement provided in paragraph 2 (b) of article 22 of the said Convention.”

„Die Republik Litauen erklärt, dass sie für eine nicht nach Artikel 22 Absatz 1 beigelegte Streitigkeit das in Artikel 22 Absatz 2 Buchstabe b des genannten Übereinkommens vorgesehene Mittel der Streitbeilegung anerkennt.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 14. April 2000 (BGBl. II S. 779).

Berlin, den 2. Oktober 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen**

Vom 2. Oktober 2000

I.

Das Übereinkommen vom 17. März 1992 über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen (BGBl. 1998 II S. 1527) ist nach seinem Artikel 30 Abs. 3 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Estland	am	15. August 2000
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung		
Tschechische Republik	am	10. September 2000.

II.

E s t l a n d bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 17. Mai 2000:

(Übersetzung)

“The Republic of Estonia declares that pursuant to Article 17, paragraphs 1 and 2, the competent authority and the point of contact for the purpose of industrial accident notifications and for the purpose of mutual assistance shall be the Rescue Service of the Ministry of Internal Affairs.”

„Die Republik Estland erklärt, dass sie nach Artikel 17 Absätze 1 und 2 den Rettungsdienst des Innenministeriums zur zuständigen Behörde und Kontaktstelle zum Zweck der Benachrichtigung bei Industrieunfällen und zum Zweck der gegenseitigen Hilfeleistung bestimmt.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 3. April 2000 (BGBl. II S. 741).

Berlin, den 2. Oktober 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-kroatischen Vertrags
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen
Vom 5. Oktober 2000**

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 19. April 2000 zu dem Vertrag vom 21. März 1997 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kroatien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 2000 II S. 653) wird bekannt gemacht, dass der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das dazugehörige Protokoll vom selben Tage und der korrigierende Notenwechsel vom 27. Juni/29. September 1997

am 28. September 2000

in Kraft getreten sind.

Die Ratifikationsurkunden sind in Zagreb am 28. August 2000 ausgetauscht worden.

Berlin, den 5. Oktober 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
des deutsch-ivorischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 6. Oktober 2000

Das in Abidjan am 11. September 2000 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Côte d'Ivoire über Finanzielle Zusammenarbeit (Vorhaben „Familienplanung und HIV-Prävention“) (1999) ist nach seinem Artikel 5

am 11. September 2000

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 6. Oktober 2000

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Prof. Dr. Michael Bohnet

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Côte d'Ivoire
über Finanzielle Zusammenarbeit
(Vorhaben „Familienplanung und HIV-Prävention“) (1999)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 und
 die Regierung der Republik Côte d'Ivoire –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Côte d'Ivoire,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Côte d'Ivoire beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Abkommen über Finanzielle Zusammenarbeit (Vorhaben „Ländliches Gesundheitswesen II und andere“) vom 6. Februar 1995, geändert durch Notenwechsel vom 25. Oktober 1995, sowie auf das Protokoll der Regierungskonsultationen vom 16. Dezember 1999, Positionen 1.3, 2.2.1, 6.1 und 6.2 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Côte d'Ivoire, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Familienplanung und HIV-Prävention“ (PN 95.66.100) einen zusätzlichen Finanzierungsbeitrag von bis zu 4 000 000,- DM (in Worten: vier Millionen Deutsche Mark; zusätzlich zu den bereits bereitgestellten 17 500 000,- DM) zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt und bestätigt worden ist, dass es als Vorhaben der sozialen Infrastruktur die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt.

(2) Kann bei dem in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, so ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Côte d'Ivoire, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau für dieses Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags ein Darlehen zu erhalten.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Côte d'Ivoire durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient, oder als eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Côte d'Ivoire zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern des Finanzierungsbeitrags zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrags entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diesen Betrag endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2007.

(2) Die Regierung der Republik Côte d'Ivoire, soweit sie nicht selbst Empfänger des Finanzierungsbeitrags ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Côte d'Ivoire stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Côte d'Ivoire erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Côte d'Ivoire überlässt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundes-

republik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Abidjan am 11. September 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Thomas Mangartz

Für die Regierung der Republik Côte d'Ivoire
Koulibaly

**Bekanntmachung
der deutsch-bangladeschischen Vereinbarung
über die Entsendung eines deutschen Hockeysachverständigen**

Vom 6. Oktober 2000

Die in Dhaka durch Notenwechsel vom 10. Juli 2000 geschlossene Vereinbarung zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und dem Finanzministerium der Volksrepublik Bangladesch über die Entsendung eines deutschen Hockeysachverständigen ist nach ihrer Inkraftretensklausel am 10. Juli 2000

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 6. Oktober 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Dhaka, den 10. Juli 2000

Herr Staatssekretär,

ich beehre mich, Ihnen im Namen des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland folgende Vereinbarung zwischen dem Auswärtigen Amt und der Abteilung für wirtschaftliche Beziehungen im Finanzministerium der Volksrepublik Bangladesch über die Entsendung eines deutschen Hockeysachverständigen vorzuschlagen:

1. Leistungen des Auswärtigen Amtes:
 - a) Es entsendet auf seine Kosten einen Hockeysachverständigen für die Dauer von zwei Jahren, beginnend mit dem Eintreffen des Sachverständigen in Dhaka; die Entsendungsdauer verlängert sich stillschweigend um jeweils ein Jahr bis zur maximalen Laufzeit von vier Jahren, sofern diese Vereinbarung nicht von einer der beiden Vertragsparteien unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten auf diplomatischem Wege schriftlich aufgehoben wird.
 - b) Der Sachverständige erhält Erholungs- und Heimaturlaub nach deutschem Recht.
2. Leistungen des Ministeriums für Jugend und Sport der Volksrepublik Bangladesch:
 - a) Es stellt dem Sachverständigen für seine Aufgaben einen Dienstkraftwagen und dienstliche Geräte (z.B. audiovisuelle Geräte, PC oder Schreibmaschine, Sportgeräte) zur Verfügung und sorgt für die zollfreie Ein- und Ausfuhr des Umzugsgutes sowie der Sportgeräte.
 - b) Es übernimmt die Kosten für die Unterbringung des Sachverständigen und seiner Familienmitglieder, Dienstreisen des Sachverständigen innerhalb der Volksrepublik Bangladesch und bei Auslandsreisen die Tage- und Übernachtungsgelder vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland zu letzteren Reisen.
 - c) Es stellt dem Sachverständigen spätestens sechs Monate nach Projektbeginn mindestens zwei unter Beteiligung des Sachverständigen und der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Dhaka ausgewählte geeignete Partnerfachkräfte zur Seite, die die Arbeit des Sachverständigen nach Ablauf dieser Vereinbarung weiterführen sollen.
 - d) Es trägt die Kosten für mindestens drei Trainings- und drei Ausbildungslehrgänge des Sachverständigen pro Jahr und weist die zuständigen Behörden an, den Sachverständigen bei der Durchführung seiner Aufgaben zu unterstützen. Zu den Lehrgangskosten zählen insbesondere die An- und Abreisekosten der Teilnehmer, ihre Unterkunft und Verpflegung am Lehrgangsort sowie örtliche Transportkosten.
 - e) Es sorgt dafür, dass Hockeysportler, Trainer, Studenten und Schüler zu Lehrgängen des Sachverständigen vom Unterricht bzw. von ihrem Arbeitgeber freigestellt werden.
 - f) Es trägt die Flugkosten bei den von ihr angeordneten Auslandsreisen des Sachverständigen.
 - g) Es stellt dem Sachverständigen ein geeignetes Büro zur Erledigung schriftlicher Arbeiten zur Verfügung.
 - h) Es ist damit einverstanden, dass der Sachverständige nach Absprache mit den zuständigen Behörden und Stellen der Volksrepublik Bangladesch für eine Dauer von bis zu sechs Wochen pro Jahr für andere Aufgaben der Sportförderung außerhalb der Volksrepublik Bangladesch eingesetzt wird. Die Laufzeit der Vereinbarung zu Nummer 1 Buchstabe a wird um diese Zeiten verlängert.
3. Der Hockeysachverständige hat die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Rat für Sport der Volksrepublik Bangladesch in Dhaka
 - den Auf- und Ausbau des Hockeysports auf der Regional- und der Verbandsebene unter besonderer Berücksichtigung der Jugendarbeit zu unterstützen,
 - Trainer, Übungsleiter und Schiedsrichter aus- und fortzubilden,
 - Lehrmaterialien zu erarbeiten und vorzubereiten,
 - ein Instrumentarium zur Sichtung und Förderung des Hockeynachwuchses zu entwickeln,
 - bei Organisations- und Strukturmaßnahmen zu beraten,
 - bei der Planung und Durchführung von Meisterschaften auf allen Ebenen zu helfen.
4. a) Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland beauftragt mit der Durchführung seiner Leistungen die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, GTZ, Eschborn, oder das Nationale Olympische Komitee für Deutschland, NOK, Frankfurt/Main.

- b) Das Ministerium für Jugend und Sport der Volksrepublik Bangladesch gewährleistet die Durchführung des Vorhabens.
5. Diese Vereinbarung wird in deutscher und englischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
6. Die Registrierung dieser Vereinbarung wird beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen unverzüglich nach ihrem Inkrafttreten von dem Ministerium für Jugend und Sport der Volksrepublik Bangladesch veranlasst. Das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt ist.

Falls sich die Abteilung für wirtschaftliche Beziehungen im Finanzministerium der Volksrepublik Bangladesch mit den unter den Nummern 1 bis 6 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden dieses Schreiben und das das Einverständnis der Abteilung für wirtschaftliche Beziehungen im Finanzministerium der Volksrepublik Bangladesch zum Ausdruck bringende Antwortschreiben eine Vereinbarung zwischen dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland und der Abteilung für wirtschaftliche Beziehungen im Finanzministerium der Volksrepublik Bangladesch bilden, die mit dem Datum des Antwortschreibens in Kraft tritt.

Genehmigen Sie, Herr Staatssekretär, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Uwe Schramm

Seiner Exzellenz
dem Staatssekretär
Abteilung für wirtschaftliche Beziehungen
im Finanzministerium
der Volksrepublik Bangladesch
Dr. Masihur Rahman
Dhaka

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-französischen Abkommens
über Kleinwasserkraftwerke an den Kulturwehren Breisach und Kehl/Straßburg**

Vom 13. Oktober 2000

Das durch Notenwechsel vom 9. Mai/20. Juni 2000 geschlossene Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über Kleinwasserkraftwerke an den Kulturwehren Breisach und Kehl/Straßburg ist

am 20. Juni 2000

in Kraft getreten; das Abkommen und der dazugehörige Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 13. Oktober 2000

Bundesministerium
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Im Auftrag
Kohl

(Übersetzung)

Französische Republik
Der Minister für Auswärtige Angelegenheiten

9. Mai 2000

Sehr geehrter Herr Minister,

ich habe die Ehre, mit Bezug auf den Vertrag vom 27. Oktober 1956 über den Ausbau des Oberrheins zwischen Basel und Straßburg und im Anschluss an die Verhandlungen des Ausschusses A, der durch diesen Vertrag eingesetzt wurde, Ihnen im Namen der Regierung der Französischen Republik das nachfolgende Abkommen über Kleinwasserkraftwerke an den Kulturwehren Breisach und Kehl/Straßburg zu unterbreiten.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen würden, ob die nachfolgenden Bestimmungen die Zustimmung Ihrer Regierung finden. In diesem Fall würden dieser Brief und Ihre Antwort die Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen über Kleinwasserkraftwerke an den Kulturwehren Breisach und Kehl/Straßburg bilden.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Hubert Védrine

Seiner Exzellenz
Herrn Reinhard Klimmt
Minister für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen
der Bundesrepublik Deutschland

Reinhard Klimmt
Bundesminister
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Berlin, den 20. Juni 2000

Herr Minister,

ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom 9. Mai 2000 zu bestätigen, mit dem Sie im Namen Ihrer Regierung den Abschluss einer Vereinbarung zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über Kleinwasserkraftwerke an den Kulturwehren in Breisach und Straßburg/Kehl vorschlagen.

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass meine Regierung mit den in Ihrem Schreiben enthaltenen Vorschlägen einverstanden ist. Ihr Schreiben und mein Antwortschreiben bilden somit eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen, die mit dem Datum dieses Schreibens am 20. Juni 2000 in Kraft tritt und deren deutscher und französischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Reinhard Klimmt

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Französischen Republik
Herrn Hubert Védrine
37, Quai d'Orsay
F-75351 Paris

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über Kleinwasserkraftwerke
an den Kulturwehren Breisach und Kehl/Straßburg

Accord
entre le Gouvernement de la République française
et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
relatif à des microcentrales hydroélectriques
au droit des barrages agricoles de Brisach et de Strasbourg/Kehl

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Französischen Republik –

in der Erwägung der Bedeutung eines zusammenhängenden Ausbaus des Rheins,

geleitet von dem Grundsatz der technischen und wirtschaftlichen Verbesserung der Ausbaumaßnahmen unter Beachtung der Funktionsfähigkeit des Ökosystems,

in dem Wunsch, die Wasserkraft an den Kulturwehren Breisach und Kehl/Straßburg zu nutzen,

in der Erkenntnis, dass es für beide Regierungen von Vorteil ist, diesen Ausbau gemeinsam durchzuführen,

im Bewusstsein der Notwendigkeit, zu diesem Zweck ein besonderes Abkommen zu schließen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand des Abkommens

(1) Die Vertragsparteien kommen überein, dass die natürliche Wasserkraft des Rheins an den bestehenden Kulturwehren Breisach und Kehl/Straßburg, die für die Erzeugung elektrischer Energie genutzt werden kann, jeder von ihnen zur Hälfte zusteht.

(2) Die Vertragsparteien sind sich darin einig, dass diese Wasserkraft durch Kleinwasserkraftwerke genutzt wird, die aus folgenden Bauwerken bestehen:

- ein Wasserkraftwerk mit den erforderlichen Nebenanlagen im Bereich der Staustufe des Kulturwehrs Breisach; dazu gehört auch ein Verbindungsbauwerk zwischen dem Restrhein und dem linksrheinischen Seitengraben zum Zwecke des Fischaufstieges;
- ein Wasserkraftwerk mit den erforderlichen Nebenanlagen im Bereich der Staustufe des Kulturwehrs Kehl/Straßburg.

Le Gouvernement de la République française

et

le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne –

Considérant l'intérêt d'un aménagement cohérent du Rhin,

Attachés au principe de l'optimisation technique et économique des aménagements dans le respect du fonctionnement des écosystèmes,

Désireux d'utiliser la force hydraulique au droit des barrages agricoles de Brisach et Strasbourg/Kehl,

Ayant reconnu l'intérêt pour les deux Gouvernements de procéder en commun à cet aménagement,

Constatant la nécessité de conclure un accord particulier à cette fin –

sont convenus de ce qui suit:

Article 1

Objet de l'accord

(1) Les parties contractantes conviennent que la force motrice naturelle du Rhin au droit des barrages agricoles existants de Brisach et de Strasbourg/Kehl qui pourra être utilisée pour la production d'énergie électrique revient par moitié à chacune d'elles.

(2) Les parties contractantes sont d'accord pour que cette force hydraulique soit utilisée par des microcentrales hydroélectriques qui se composent des ouvrages suivants:

- une usine hydroélectrique et les ouvrages annexes nécessaires au droit de la chute du barrage agricole de Brisach; ceci inclut un ouvrage de raccordement du Vieux-Rhin au contre-canal rive gauche en vue de la montaison des poissons;
- une usine hydroélectrique et les ouvrages annexes nécessaires au droit de la chute du barrage agricole de Strasbourg/Kehl.

Die technischen Merkmale der Bauwerke sind in der Anlage I beschrieben, die Bestandteil dieses Abkommens ist.

(3) Die Vertragsparteien kommen überein, dass die durch diese Wasserkraftwerke erzeugte elektrische Energie von den die Wasserkraft nutzenden Gesellschaften nach Artikel 3 an ihre Gesellschafter geliefert wird.

Artikel 2

Allgemeine Bedingungen für den Bau und den Betrieb der Wasserkraftwerke

(1) Der Bau und der Betrieb der Wasserkraftwerke dürfen den Einsatz der Kulturwehre für die Regulierung des Grundwasserstandes sowie die Hochwasser- und Eisabführung durch die Kulturwehre nicht beeinträchtigen.

Das gilt auch für den Einsatz der Kulturwehre für den Hochwasserschutz entsprechend Artikel 7 der Vereinbarung vom 6. Dezember 1982 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik zur Änderung und Ergänzung der Zusatzvereinbarung vom 16. Juli 1975 zum Vertrag vom 4. Juli 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Ausbau des Rheins zwischen Kehl/Straßburg und Neuburgweier/Lauterburg. Insofern sind auch die Genehmigungsverfahren für die Retentionsräume und die Kleinwasserkraftwerke zu berücksichtigen.

(2) Der Bau und der Betrieb der Wasserkraftwerke dürfen keine ernstliche Behinderung der Schifffahrt verursachen. Die Belange der Wasserwirtschaft, der Landeskultur und der Fischerei sind zu wahren. Ferner ist, soweit möglich, dem Natur- und Landschaftsschutz Rechnung zu tragen.

Artikel 3

Bau der Wasserkraftwerke

(1) Die Vertragsparteien wählen einvernehmlich auf Vorschlag des in Artikel 9 dieses Abkommens bezeichneten Ausschusses die beiden Gesellschaften, im Folgenden als „Gesellschaften“ bezeichnet, aus, die jeweils mit dem Bau des Wasserkraftwerkes am Kulturwehr Breisach und seiner Nebenanlagen sowie des Wasserkraftwerkes am Kulturwehr Kehl/Straßburg und seiner Nebenanlagen beauftragt sind.

(2) Die Auswahl dieser Gesellschaften, welche die Ausstattung der beiden Staustufen mit je einem Wasserkraftwerk gewährleisten müssen, erfolgt auf der Grundlage der Kriterien in Anlage II, die Bestandteil dieses Abkommens ist.

(3) Die mit dem Bau des Wasserkraftwerkes am Kulturwehr Breisach und seiner Nebenanlagen beauftragte Gesellschaft wird Eigentümerin der Anlagen. Die mit dem Bau des Wasserkraftwerkes am Kulturwehr Kehl/Straßburg und seiner Nebenanlagen beauftragte Gesellschaft schließt die erforderlichen Verträge, um Eigentümerin der Wasserkraftwerke und der Nebenanlagen zu werden.

Artikel 4

Finanzierung der Bauarbeiten

(1) Die Gesellschaften tragen die Kosten für den Bau der Wasserkraftwerke und deren Nebenanlagen.

(2) Wenn das Bauwerk zur Verbindung des linksrheinischen Seitengrabens mit dem Restrhein gebaut wird, erhält die Kraftwerksgesellschaft des Kleinkraftwerkes am Kulturwehr Breisach für dieses im Interesse des Fischeufstieges errichtete Bauwerk einen Ausbausehuss von der Bundesrepublik Deutschland. Er beträgt 50% (in Worten: fünfzig Prozent) des Pauschalbetrages der geschätzten Kosten dieses Bauwerkes ohne Steuern.

Les caractéristiques techniques des ouvrages figurent à l'annexe I, qui est partie intégrante du présent accord.

(3) Les parties contractantes conviennent que l'énergie électrique produite par ces usines hydroélectriques sera livrée par les sociétés bénéficiaires de la force hydraulique visées à l'article 3, à leurs associés.

Article 2

Conditions générales de construction et d'exploitation des usines hydroélectriques

(1) La construction et l'exploitation des usines hydroélectriques ne doivent pas entraver l'utilisation des barrages agricoles pour la régulation du niveau de la nappe phréatique et l'évacuation des crues et des glaces par ces barrages agricoles.

Ceci s'applique également à l'utilisation des barrages agricoles pour la protection contre les crues, conformément à l'article 7 de la convention du 6 décembre 1982 modifiant et complétant la convention additionnelle du 16 juillet 1975 à la convention du 4 juillet 1969 entre la République fédérale d'Allemagne et la République française au sujet de l'aménagement du Rhin entre Strasbourg/Kehl et Lauterbourg/Neuburgweier. Par ailleurs, les procédures d'autorisation pour les zones de rétention et pour les microcentrales sont également à prendre en considération.

(2) La construction et l'exploitation des usines hydroélectriques ne doivent engendrer aucune gêne grave pour la navigation. Les intérêts de l'économie hydraulique, de l'agriculture et de la pêche devront être préservés. En outre, dans toute la mesure du possible, il devra être tenu compte de la protection de la nature et du paysage.

Article 3

Construction des usines hydroélectriques

(1) Les parties contractantes choisissent d'un commun accord sur proposition du comité visé à l'article 9 du présent accord, les deux sociétés ci-après dénommées «les sociétés» qui sont respectivement chargées de la construction, d'une part, de l'usine hydroélectrique attenante au barrage agricole de Brisach et de ses ouvrages annexes, d'autre part, de l'usine hydroélectrique attenante au barrage agricole de Strasbourg/Kehl et de ses ouvrages annexes.

(2) Le choix de ces sociétés, qui doit garantir l'équipement des deux chutes par une usine hydroélectrique, s'effectue au vu des critères mentionnés à l'annexe II, qui est partie intégrante du présent accord.

(3) La société chargée de la construction de l'usine hydroélectrique attenante au barrage agricole de Brisach et de ses ouvrages annexes est propriétaire des ouvrages. La société chargée de la construction de l'usine hydroélectrique attenante au barrage agricole de Strasbourg/Kehl et de ses ouvrages annexes conclut les contrats nécessaires pour devenir propriétaire des usines et des ouvrages annexes.

Article 4

Financement des travaux

(1) Les sociétés supportent les dépenses résultant des travaux de construction des usines hydroélectriques et de leurs ouvrages annexes.

(2) Au moment de la construction de l'ouvrage de raccordement du contre-canal au Vieux-Rhin, la société construisant l'usine au barrage de Brisach reçoit une subvention d'équipement de la République fédérale d'Allemagne, en raison de l'intérêt de l'ouvrage pour la montaison des poissons. Cette subvention est égale à 50% (en toutes lettres: cinquante pour cent) des coûts forfaitaires estimés hors taxe de construction de cet ouvrage.

Artikel 5**Betrieb, Unterhaltung und Erneuerung**

Die Gesellschaften betreiben, unterhalten und erneuern auf ihre Kosten die von ihnen errichteten Wasserkraftwerke und deren Nebenanlagen.

Artikel 6**Betriebsmodalitäten**

(1) Die Betriebsregelungen für die Kulturwehre Breisach und Kehl/Straßburg werden von den Vertragsparteien nach Anhörung der Gesellschaften so geändert, dass der künftige Betrieb der Wasserkraftwerke berücksichtigt wird.

(2) Die Vertragsparteien stimmen sich über die Betriebsanweisungen für die Wasserkraftwerke unter Berücksichtigung der für den Betrieb der Kulturwehre Breisach und Kehl/Straßburg bestehenden Auflagen ab.

(3) Der Hochwasserabfluss und die Maßnahmen zur Hochwasserabflachung sowie die Absenkung des Grundwassers im Falle seines außergewöhnlichen Anstiegs haben Vorrang vor der Energieerzeugung.

(4) Über die Wassermengen für Fischaufstiege ist Einvernehmen herbeizuführen.

Artikel 7**Verwaltungsfragen**

(1) Bau und Betrieb der Bauwerke sowie die Erhebung des Wasserzinses unterliegen dem Recht der Vertragspartei, auf deren Gebiet die Bauwerke errichtet werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen sich über die Entwürfe für die Bauwerke und über die Durchführung der Bauarbeiten ab. Sie übermitteln der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt die ausgewählten Entwürfe.

(3) Die zuständigen deutschen und französischen Behörden stimmen die Entscheidungen aufeinander ab, die sie im Rahmen der notwendigen Verwaltungsverfahren auf beiden Ufern zur Ausführung und zum Betrieb der Bauwerke treffen müssen.

Artikel 8**Zugang zu den Bauwerken**

Die Mitglieder des Ausschusses nach Artikel 9 und die mit der technischen Überwachung, dem Betrieb und der Unterhaltung der Bauwerke sowie der Gewässer- und der Fischereiaufsicht beauftragten Personen können, um ihre Aufgaben zu erfüllen, die Grenze auf dem jeweiligen Wehr überschreiten und sich auf den Bauwerken auf dem deutschen oder französischen Hoheitsgebiet aufhalten. Sie müssen jedoch einen von einer zuständigen Behörde ausgestellten Ausweis bei sich führen und auf Verlangen vorzeigen.

Artikel 9**Ausschuss A**

Der durch Artikel 5 des Vertrags vom 27. Oktober 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Ausbau des Oberrheins zwischen Basel und Straßburg, im Folgenden als „Vertrag von 1956“ bezeichnet, eingesetzte Ausschuss A wird beauftragt, Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens beizulegen. Die Gesellschaften können sich in den Sitzungen des Ausschusses A, in denen diese Streitigkeiten behandelt werden, durch Sachverständige vertreten lassen.

Article 5**Exploitation, entretien et renouvellement**

Les sociétés exploitent, entretiennent et renouvellent à leurs frais, les usines hydroélectriques et leurs ouvrages annexes, qu'elles construisent.

Article 6**Modalités d'exploitation**

(1) Les règlements d'exploitation pour les barrages agricoles de Brisach et de Strasbourg/Kehl sont révisés par les parties contractantes, les sociétés entendues, de manière à ce que l'exploitation future des usines hydroélectriques soit prise en compte.

(2) Les parties contractantes se concertent au sujet des consignes d'exploitation des usines hydroélectriques en tenant compte des contraintes liées à l'exploitation des barrages agricoles de Brisach et de Strasbourg/Kehl.

(3) L'écoulement et les mesures d'écrêtement des crues, ainsi que l'abaissement de la nappe phréatique en cas de remontée exceptionnelle de celle-ci, sont prioritaires sur la production d'énergie électrique.

(4) Les débits pour la montaison des poissons font l'objet d'une concertation.

Article 7**Régime administratif**

(1) La construction et l'exploitation des ouvrages, ainsi que la perception des droits d'eau, sont soumises au droit de la partie contractante sur le territoire de laquelle les ouvrages seront implantés.

(2) Les parties contractantes se concertent au sujet des projets des ouvrages et de l'exécution des travaux. Elles communiquent les projets retenus à la Commission Centrale pour la Navigation du Rhin.

(3) Les autorités compétentes françaises et allemandes harmonisent leurs décisions à intervenir dans le cadre des procédures administratives nécessaires sur les deux rives pour la réalisation et l'exploitation des ouvrages.

Article 8**Accès aux ouvrages**

Les membres du comité visé à l'article 9 ainsi que les personnes chargées de la surveillance technique, de l'exploitation et de l'entretien des ouvrages, de la police de l'eau et de la pêche peuvent, pour remplir leurs fonctions, franchir la frontière sur le barrage et séjourner sur les ouvrages situés en territoire allemand ou français. Toutefois ils doivent porter sur eux un document délivré par une autorité compétente et le produire à toute réquisition.

Article 9**Comité A**

Le Comité A, institué par l'article 5 de la convention du 27 octobre 1956 entre la République française et la République fédérale d'Allemagne sur l'aménagement du cours supérieur du Rhin entre Bâle et Strasbourg, ci-après dénommée convention de 1956, est chargé du règlement de tout différend portant sur l'interprétation ou l'application du présent accord. Les sociétés peuvent se faire représenter par des experts aux réunions du Comité A traitant de ces différends.

Artikel 10**Beilegung von Streitigkeiten**

Kann eine Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens durch den Ausschuss A nicht gemäß Artikel 9 Satz 1 beigelegt werden, kann jede Vertragspartei, nachdem sie die andere davon schriftlich unterrichtet hat, die Streitigkeit dem in Artikel 11 vorgesehenen Schiedsgericht unterbreiten.

Artikel 11**Beilegung durch ein Schiedsgericht**

(1) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall in der Weise gebildet, dass jede Vertragspartei einen Angehörigen ihres Staates als Schiedsrichter bestellt. Die beiden so bestellten Schiedsrichter ernennen einen Obmann, der Angehöriger eines dritten Staates ist. Sind die Schiedsrichter nicht innerhalb von zwei Monaten und der Obmann nicht innerhalb von drei Monaten seit der schriftlichen Mitteilung nach Artikel 10 Absatz 2 bestellt worden, kann jede Vertragspartei den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Staaten oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so werden die Kammerpräsidenten dieses Gerichtshofs in der ihrem Dienstalter entsprechenden Reihenfolge gebeten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzen diese die Staatsangehörigkeit eines der beiden Staaten oder sind sie ebenfalls verhindert, werden die Ernennungen von dem dienstältesten Richter des Gerichtshofs vorgenommen, der weder die Staatsangehörigkeit eines der beiden Staaten besitzt noch aus anderen Gründen verhindert ist.

(2) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Die Schiedsrichter können sich nicht enthalten. Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sind für die Vertragsparteien bindend und endgültig.

Jede Vertragspartei trägt die Kosten für die Bezüge ihres Mitglieds sowie die Kosten ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Bezüge des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 12**Tragweite des Abkommens**

Dieses Abkommen lässt die Bestimmungen des Vertrags von 1956 unberührt.

Article 10**Règlement des différends**

Au cas où un différend portant sur l'interprétation ou l'application du présent accord ne pourrait être réglé par le Comité A conformément à l'article 9 phrase 1, chaque partie contractante peut, après en avoir avisé l'autre partie par écrit, le soumettre au tribunal arbitral prévu à l'article 11.

Article 11**Règlement par un tribunal arbitral**

(1) Le tribunal arbitral est composé, dans chaque cas, de la façon suivante: chaque partie contractante désigne un arbitre choisi parmi ses ressortissants. Les deux arbitres ainsi désignés procèdent à la nomination d'un surarbitre ressortissant d'un Etat tiers. Si les arbitres n'ont pas été désignés dans un délai de deux mois, et le surarbitre dans un délai de trois mois à dater de l'avis écrit visé à l'article 10, chaque partie contractante peut demander au président de la Cour de justice des Communautés européennes de procéder aux nominations nécessaires. Si le président de la Cour de justice des Communautés européennes est un ressortissant de l'un des deux Etats ou si, pour d'autres raisons, il est empêché, les nominations sont demandées aux présidents de chambre de cette cour, par ordre d'ancienneté. Si ces derniers sont ressortissants de l'un des deux Etats ou sont également empêchés, les nominations sont effectuées par le juge de la Cour le plus ancien qui n'est ni ressortissant de l'un des deux Etats, ni empêché pour d'autres raisons.

(2) Le tribunal arbitral statue à la majorité des voix. Les arbitres ne peuvent s'abstenir. Les décisions du tribunal arbitral sont obligatoires et définitives pour les parties contractantes.

Chaque partie contractante supporte les frais de rémunération de son arbitre ainsi que les frais de sa représentation dans la procédure arbitrale. La rémunération du surarbitre et les autres frais sont supportés à parts égales par les parties contractantes. Sur tous les autres points, le tribunal règle lui-même sa procédure.

Article 12**Portée de l'accord**

Le présent accord ne porte pas atteinte aux dispositions de la convention de 1956.

Anlage I
zum Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über Kleinwasserkraftwerke
an den Kulturwehren Breisach und Kehl/Straßburg

Annexe I
Accord
entre le Gouvernement de la République française
et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
à l'accord relatif aux microcentrales hydroélectriques
au droit des barrages agricoles de Brisach et de Strasbourg/Kehl

Technische Merkmale der Bauwerke für die Kleinwasserkraftwerke an den Kulturwehren Breisach und Kehl/Straßburg (Artikel 1 Absatz 2)

Die Baumaßnahmen am Kulturwehr Breisach umfassen:

- ein Kraftwerk am linken Ufer im Anschluss an das Kulturwehr mit einer Schluckfähigkeit von bis zu 60 m³/s,
- ein Entnahmebauwerk im Oberwasser am linken Ufer mit Auslaufkanal,
- die notwendigen Nebenanlagen des Kraftwerks, insbesondere die Ableitungen zur Einspeisung in das elektrische Netz,
- ein Bauwerk zur Verbindung des Seitengrabens mit dem Restrhein gemäß den in Artikel 1, 4 und 6 des Abkommens festgesetzten Modalitäten.

Die Baumaßnahmen am Kulturwehr Kehl/Straßburg umfassen:

- ein Kraftwerk am rechten Ufer im Unterwasser des Kulturwehres mit einer Schluckfähigkeit von bis zu 35 m³/s,
- ein Entnahmebauwerk im Oberwasser am rechten Ufer im Anschluss an den Wehrpfeiler mit Zuleitungskanal und Auslaufkanal,
- die notwendigen Nebenanlagen des Kraftwerks, insbesondere die Ableitungen zur Einspeisung in das elektrische Netz.

Caractéristiques techniques des ouvrages des microcentrales hydroélectriques au droit des barrages agricoles de Brisach et de Strasbourg/Kehl (article 1, paragraphe 2)

Les ouvrages au droit du barrage agricole de Brisach comprennent:

- une usine en rive gauche au droit du barrage agricole d'une capacité d'absorption maximale de 60 m³/s,
- une prise d'eau à l'amont en rive gauche et un canal de fuite,
- les installations annexes nécessaires à l'usine, notamment les lignes d'évacuation sur le réseau électrique,
- un ouvrage de raccordement entre le contre-canal et le Vieux-Rhin, conformément aux modalités des articles 1, 4 et 6 de l'accord.

Les ouvrages au droit du barrage agricole de Strasbourg/Kehl comprennent:

- une usine en rive droite à l'aval du barrage agricole d'une capacité d'absorption maximale de 35 m³/s,
- une prise d'eau à l'amont en rive droite au droit de la culée du barrage avec canal d'amenée et canal de fuite,
- les installations annexes nécessaires à l'usine, notamment les lignes d'évacuation sur le réseau électrique.

Anlage II
zum Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über Kleinwasserkraftwerke
an den Kulturwehren Breisach und Kehl/Straßburg

Annexe II
Accord
entre le Gouvernement de la République française
et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
à l'accord relatif aux microcentrales hydroélectriques
au droit des barrages agricoles de Brisach et de Strasbourg/Kehl

Auswahlkriterien für die die Wasserkraft nutzenden Gesellschaften (Artikel 3 Absatz 2)

- Verpflichtung der Gesellschafter, die beiden Kraftwerke an den Kulturwehren Breisach und Kehl/Straßburg zu bauen,
- finanzielle Leistungsfähigkeit, um Bau und Betrieb der Kraftwerke sowie die für die öffentliche Sicherheit erforderlichen Maßnahmen zu gewährleisten,
- Eignung zum abgestimmten Betrieb der Stauhaltung des Kleinkraftwerks in Verbindung mit der Kraftwerkskette am Oberrhein,
- optimale Energieausnutzung des Wasserpotentials,
- technische Leistungsfähigkeit und Erfahrung im Betrieb von Kleinwasserkraftwerken, insbesondere in Verbindung mit Schifffahrt und Hochwasserrückhaltung, sowie der Ökologie und der Fischwanderung,
- technische Möglichkeiten, den Ausgleich der Energie nach Artikel 1 Absatz 1 zu gewährleisten.

Critères pour le choix des sociétés bénéficiaires de la force hydraulique (article 3, paragraphe 2)

- engagement des associés pour construire les deux usines aux barrages agricoles de Brisach et de Strasbourg/Kehl,
- capacité financière pour garantir la construction et l'exploitation des usines, ainsi que les mesures nécessaires à la sécurité publique,
- aptitude pour l'exploitation coordonnée de la retenue de la microcentrale en liaison avec la chaîne d'usines du Rhin supérieur,
- utilisation énergétique optimale du potentiel hydraulique,
- capacité technique et expériences dans l'exploitation de microcentrales hydroélectriques, en particulier en liaison avec la navigation et la rétention de crue, ainsi que les intérêts de l'écologie et de la migration des poissons,
- moyens techniques pour répartir l'énergie conformément au premier alinéa de l'article 1.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zum Schutz des architektonischen Erbes Europas**

Vom 13. Oktober 2000

Das Übereinkommen vom 3. Oktober 1985 zum Schutz des architektonischen Erbes Europas (BGBl. 1987 II S. 623) ist nach seinem Artikel 23 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Georgien	am 1. August 2000
Litauen	am 1. April 2000
Tschechische Republik	am 1. August 2000.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 3. Februar 2000 (BGBl. II S. 608).

Berlin, den 13. Oktober 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
der Änderungen der Anlage des Übereinkommens
zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs**

Vom 16. Oktober 2000

Die von dem Ausschuss zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation in London am 1. Mai 1992 angenommenen Änderungen der Anlage des Übereinkommens vom 9. April 1965 zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs (BGBl. 1967 II S. 2434), zuletzt geändert am 3. Mai 1990 (BGBl. 1993 II S. 170), sind nach Artikel VII Abs. 2 Buchstabe b des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen Vertragsparteien

am 1. September 1993

in Kraft getreten. Die Änderungen werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Berlin, den 16. Oktober 2000

Bundesministerium
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Im Auftrag
Dr. Froböse

Änderungen
der Anlage des Übereinkommens von 1965
zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs
in seiner geänderten Fassung

Amendments
to the Annex to the Convention
on Facilitation of International Maritime Traffic, 1965, as amended

Amendements
à l'Annexe de la Convention
visant à faciliter le trafic maritime international, 1965, telle que modifiée

(Übersetzung)

In Section 1, Definitions and General Provisions, add under:

A. Definitions:

“**Security Measures.** Internationally agreed measures to improve security on board ships and in port areas to prevent unlawful acts against passengers and crews on board ships¹⁾).

Transport document. Document evidencing a contract of carriage between a shipowner and a consignor, such as a sea waybill, a bill of lading or a multimodal transport document.”

In Section 2, Arrival, Stay and Departure of the Ship:

Recommended Practice 2.3.1 is amended to read:

“2.3.1 **Recommended Practice.** In the Cargo Declaration, public authorities should not require more than the following information:

(a) on arrival

- name and nationality of the ship
- name of master
- port arrived from
- port where report is made
- marks and numbers; number and kinds of packages; quantity and description of the goods

Chapitre premier – Définitions et dispositions générales ajouter ce qui suit sous la rubrique:

A. Définitions:

«**Document de transport.** Document attestant un contrat de transport entre un armateur et un expéditeur, tel qu'une lettre de transport maritime, un connaissement ou un document de transport multimodal.

Mesures de sûreté. Mesures approuvées au niveau international pour améliorer la sûreté à bord des navires et dans les zones portuaires afin de prévenir les actes illicites à l'encontre des passagers et des équipages à bord des navires¹⁾.)»

Chapitre 2 – Entrée, séjour au port et sortie des navires

La pratique recommandée 2.3.1 est modifiée comme suit:

«2.3.1 **Pratique recommandée.** Dans la déclaration de la cargaison, les pouvoirs publics ne devraient pas exiger d'autres renseignements que les suivants:

a) à l'arrivée

- nom et nationalité du navire
- nom du capitaine
- port de provenance
- port où est rédigée la déclaration
- marques et numéros; nombre et nature des colis; quantité et description des marchandises

In Abschnitt 1 – Begriffsbestimmungen und allgemeine Bestimmungen – wird folgendes angefügt:

A. Begriffsbestimmungen:

„**Beförderungspapier.** Dokument über einen Beförderungsvertrag zwischen einem Reeder und einem Verloader, wie etwa ein Seefrachtbrief, ein Frachtbrief oder ein Dokument für die multimodale Beförderung.

Sicherheitsmaßnahmen. International vereinbarte Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit an Bord von Schiffen und in Hafenbereichen zur Verhütung widerrechtlicher Handlungen gegen Fahrgäste und Besatzungsmitglieder an Bord von Schiffen¹⁾.“

Abschnitt 2 – Einlaufen, Aufenthalt und Auslaufen der Schiffe

Empfehlung 2.3.1 wird wie folgt geändert:

„2.3.1 **Empfehlung.** In der Frachterklärung sollen die öffentlichen Behörden keine anderen als die folgenden Angaben verlangen:

a) beim Einlaufen:

- Name und Staatszugehörigkeit des Schiffes
- Name des Kapitäns
- Hafen, aus dem das Schiff kommt
- Hafen, in dem die Erklärung aufgesetzt wird
- Kennzeichen und Nummern, Anzahl und Art der Packstücke, Menge und Beschreibung der Güter

¹⁾ Reference is made to the Convention for the Suppression of Unlawful Acts Against the Safety of Maritime Navigation, 1988 and to MSC/Circ. 443 of 26 September 1986 on “Measures to prevent unlawful acts against passengers and crews on board ships.”

¹⁾ Il convient de se reporter à la Convention pour la répression d'actes illicites contre la sécurité de la navigation maritime, 1988, et à la circulaire MSC/Circ. 443 du 26 septembre 1986 portant sur les «Mesures visant à prévenir les actes illicites à l'encontre des passagers et des équipages à bord des navires».

¹⁾ Es wird auf das Übereinkommen von 1988 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt und auf das Dokument MSC/Circ. 443 vom 26. September 1986 über „Maßnahmen zur Verhütung widerrechtlicher Handlungen gegen Fahrgäste und Besatzungsmitglieder an Bord von Schiffen“ verwiesen.

- | | | |
|---|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> - transport document numbers for cargo to be discharged at the port in question - ports at which cargo remaining on board will be discharged - original ports of shipment in respect of goods shipped under multimodal transport documents or through bills of lading <p>(b) on departure</p> <ul style="list-style-type: none"> - name and nationality of the ship - name of master - port of destination - in respect of goods loaded at the port in question; marks and numbers; number and kind of packages; quantity and description of the goods - transport document numbers for cargo loaded at the port in question." | <ul style="list-style-type: none"> - numéros des documents de transport de la cargaison destinée à être débarquée au port en question - ports auxquels la marchandise restant à bord doit être débarquée - premiers ports d'embarquement des marchandises chargées sous documents de transport multimodal ou connaissements directs. <p>b) au départ</p> <ul style="list-style-type: none"> - nom et nationalité du navire - nom du capitaine - port de destination - pour les marchandises chargées au port en question: marques et numéros; nombre et nature des colis; quantité et description des marchandises - numéros des documents de transport pour les marchandises embarquées au port en question." | <ul style="list-style-type: none"> - Nummern der Beförderungspapiere für Ladung, die in dem betreffenden Hafen gelöscht werden soll - Häfen, in denen die an Bord verbliebene Ladung gelöscht werden soll - ursprüngliche Verladehäfen für Güter, die mit Dokumenten für die multimodale Beförderung oder mit Frachtbriefen befördert werden <p>b) beim Auslaufen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Name und Staatszugehörigkeit des Schiffes - Name des Kapitäns - Bestimmungshafen - bei Gütern, die in dem betreffenden Hafen geladen wurden: Kennzeichen und Nummern, Anzahl und Art der Packstücke, Menge und Beschreibung der Güter - Nummern der Beförderungspapiere für Ladung, die in dem betreffenden Hafen geladen wurde." |
|---|--|---|

The note to Recommended Practice 2.7.6.1 is amended to read:

«Note:

This recommendation is not intended to prevent public authorities from further examination of a stowaway for possible prosecution and/or deportation. Further, nothing in this recommendation is to be construed as contradicting the provisions of the United Nations Convention Relating to the Status of Refugees of 28 July 1951 and the United Nations Protocol Relating to the Status of Refugees of 31 January 1967, which concern the prohibition of the expulsion or return of a refugee."

Recommended Practice 2.12.6 is upgraded to Standard 2.12.6 and amended to read:

„2.12.6 **Standard.** Public authorities shall permit containers and pallets entering the territory of a State under the provisions of Standard 4.8 to depart the limits of port of arrival for clearance of imported cargo and/or loading of export cargo under simplified control procedures and with a minimum of documentation."

Standards 2.12.7 and 2.12.8 are added to read:

„2.12.7 **Standard.** Contracting Governments shall permit the temporary importation of component parts of containers without payment of customs duties and other taxes and charges when these parts are needed for the repair of containers already admitted under the terms of Standard 4.8.

La note relative à la pratique recommandée 2.7.6.1 est modifiée comme suit:

«Note:

La présente recommandation ne vise pas à empêcher les pouvoirs publics de soumettre le passager clandestin à des formalités plus détaillées en vue, éventuellement, de le traduire en justice et/ou de le renvoyer. De même, aucune disposition de la présente recommandation ne devrait être interprétée comme allant à l'encontre des dispositions de la Convention des Nations Unies relative au statut des réfugiés, adoptée le 28 juillet 1951, et du Protocole des Nations Unies relatif au statut des réfugiés, adopté le 31 janvier 1967, qui concernent l'interdiction d'expulser ou de refouler un réfugié."

La pratique recommandée 2.12.6 devient la norme 2.12.6 et est modifiée comme suit:

«2.12.6 **Norme.** Les pouvoirs publics autorisent les conteneurs et les palettes qui entrent dans le territoire d'un Etat en vertu des dispositions de la norme 4.8 à quitter les limites du port d'arrivée pour permettre le dédouanement des marchandises importées et/ou le chargement des marchandises destinées à l'exportation, en simplifiant les procédures de contrôle et en réduisant au minimum les documents."

Les normes 2.12.7 et 2.12.8 ci-après sont ajoutées au texte existant:

«2.12.7 **Norme.** Les Gouvernements contractants autorisent l'importation temporaire d'éléments pour conteneurs sans percevoir de droits de douane ni d'autres taxes et redevances lorsque ces éléments sont nécessaires pour la réparation des conteneurs déjà admis en vertu de la norme 4.8.

Die Anmerkung zur Empfehlung 2.7.6.1 wird wie folgt geändert:

„Anmerkung:

Diese Empfehlung soll die öffentlichen Behörden nicht an einer weiteren Vernehmung des blinden Passagiers zum Zweck einer möglichen Strafverfolgung und/oder Abschiebung hindern. Außerdem ist diese Empfehlung nicht so auszulegen, als widerspreche sie den Bestimmungen des Abkommens der Vereinten Nationen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls der Vereinten Nationen vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, die das Verbot der Ausweisung oder Zurückweisung eines Flüchtlings betreffen."

Die Empfehlung 2.12.6 wird zu der Norm 2.12.6 heraufgestuft und wie folgt geändert:

„2.12.6 **Norm.** Die öffentlichen Behörden gestatten, daß die nach Norm 4.8 in das Hoheitsgebiet eines Staates verbrachten Container und Paletten die Grenzen des Anlaufhafens zwecks Abfertigung eingeführter Ladung und/oder Laden von Ausfuhrladung unter vereinfachten Kontrollverfahren und unter Vorlage möglichst weniger Dokumente überschreiten."

Es werden folgende neue Normen 2.12.7 und 2.12.8 angefügt:

„2.12.7 **Norm.** Die Vertragsregierungen gestatten die vorübergehende Einfuhr von Containerteilen ohne Zahlung von Zöllen und sonstigen Abgaben oder Gebühren, wenn diese Teile für die Instandsetzung von bereits nach Norm 4.8 zugelassenen Containern notwendig sind.

2.12.8 **Standard.** Public authorities shall, subject to compliance with any national prohibitions or restrictions and any required port security or narcotics control measures, grant priority clearance to live animals, perishable goods and other consignments of urgent nature.”

In Section 3, Arrival and Departure of Persons:

Recommended Practices 3.2 and 3.3 are upgraded to Standards 3.2 and 3.3 and amended to read:

“3.2 **Standard.** Public authorities shall make arrangements whereby passports, or official documents of identity accepted in their place, from ships’ passengers need be inspected by the immigration authorities only once at the time of arrival and once at the time of departure. In addition, these passports or official documents of identity may be required to be produced for the purpose of verification or identification in connection with customs and other formalities on arrival and departure.

3.3 **Standard.** After individual presentation of passports or official documents of identity accepted in their place, public authorities shall hand back such documents immediately after examination rather than withholding them for the purpose of obtaining additional control, unless there is some obstacle to the admission of a passenger to the territory.”

Standard 3.7 is amended to read:

“3.7 **Standard.** In cases where evidence of protection against yellow fever is required from persons on board a ship, public authorities shall accept the International Certificate of Vaccination or Re-Vaccination in the form provided for in the International Health Regulations.”

New Recommended Practice 3.11.6 is added to read:

“3.11.6 **Recommended Practice.** Public authorities should consider, as a means of ensuring prompt clearance, the introduction of the dual-channel system²⁾ for the clearance of passengers, and their baggage and private road vehicles.”

Standard 3.14 is amended to read:

“3.14 **Standard.** Public authorities shall, without unreasonable delay, accept persons on board a ship for examination as to their admissibility into the State.”

2.12.8 **Norme.** Les pouvoirs publics, sous réserve de toutes interdictions ou restrictions nationales et de toutes mesures nécessaires pour la sécurité des ports et le contrôle des stupéfiants, accordent la priorité au déroulement des formalités concernant les animaux vivants, les marchandises périssables et d’autres chargements de nature urgente.»

Chapitre 3 – Arrivée et départ des personnes

Les pratiques recommandées 3.2 et 3.3 deviennent les normes 3.2 et 3.3 et sont modifiées comme suit:

«3.2 **Norme.** Les pouvoirs publics prennent des dispositions en vertu desquelles les passeports des passagers, ou autres pièces officielles d’identité en tenant lieu, ne sont contrôlés qu’une fois par les autorités d’immigration, à l’arrivée comme au départ. La présentation des passeports ou d’autres pièces officielles d’identité en tenant lieu pourra, en outre, être demandée aux fins de contrôle ou d’identification dans le cadre des formalités de douane ou d’autres formalités, à l’arrivée et au départ.

3.3. **Norme.** Après la présentation des passeports ou pièces officielles d’identité en tenant lieu, les pouvoirs publics doivent, immédiatement après vérification, restituer ces documents et non les détenir à des fins de contrôle supplémentaire sauf si un obstacle quelconque s’oppose à l’admission d’un passager sur le territoire.»

La norme 3.7 est modifiée comme suit:

«3.7 **Norme.** Dans le cas où les personnes se trouvant à bord doivent faire la preuve qu’elles sont protégées contre la fièvre jaune, les pouvoirs publics acceptent le certificat international de vaccination ou de revaccination dans la forme prévue par le Règlement sanitaire international.»

La nouvelle pratique recommandée 3.11.6 ci-après est ajoutée:

«3.11.6 **Pratique recommandée.** Les pouvoirs publics devraient, afin d’assurer le prompt déroulement des formalités, envisager d’adopter le système du double circuit²⁾ pour le contrôle des passagers; de leurs bagages et de leurs véhicules routiers privés.»

La norme 3.14 est modifiée comme suit:

«3.14 **Norme.** Les pouvoirs publics doivent procéder, sans retard injustifié, au contrôle des personnes à bord des navires afin de vérifier si elles sont admissibles dans l’Etat.»

2.12.8 **Norm.** Vorbehaltlich nationaler Verbote oder Einschränkungen oder notwendiger Maßnahmen zur Sicherheit der Häfen oder zur Betäubungsmittelkontrolle räumen die öffentlichen Behörden der Abfertigung lebender Tiere, verderblicher Waren und sonstiger Ladungen dringlicher Art Vorrang ein.“

Abschnitt 3 – Ein- und Ausreise von Personen

Die Empfehlungen 3.2 und 3.3 werden zu der Norm 3.2 beziehungsweise 3.3 heraufgestuft und wie folgt geändert:

„3.2 **Norm.** Die öffentlichen Behörden sorgen dafür, daß die Reisepässe oder die statt ihrer entgegengenommenen amtlichen Identitätsdokumente der Fahrgäste eines Schiffes von den Einwanderungskontrollbehörden bei der Ein- und bei der Ausreise nur je einmal geprüft werden. Außerdem kann die Vorlage dieser Reisepässe oder amtlichen Identitätsdokumente für Kontrollzwecke oder zur Feststellung der Personengleichheit im Zusammenhang mit Zoll- und sonstigen Förmlichkeiten bei der Ein- und Ausreise verlangt werden.

3.3 **Norm.** Nach Vorlage der einzelnen Reisepässe oder der an ihrer Stelle anerkannten amtlichen Identitätsdokumente geben die öffentlichen Behörden diese sofort nach Prüfung zurück und behalten sie nicht für eine zusätzliche Kontrolle ein, sofern nicht der Einreise des Fahrgastes in das betreffende Hoheitsgebiet ein Hinderungsgrund entgegensteht.“

Norm 3.7 wird wie folgt geändert:

„3.7 **Norm.** Wird von Personen an Bord eines Schiffes ein Nachweis über den Schutz gegen Gelbfieber verlangt, so erkennen die öffentlichen Behörden die Internationale Bescheinigung über Impfung oder Wiederimpfung in der in den Internationalen Gesundheitsvorschriften vorgesehenen Form an.“

Es wird folgende neue Empfehlung 3.11.6 angefügt:

„3.11.6 **Empfehlung.** Um eine zügige Abfertigung zu gewährleisten, sollen die öffentlichen Behörden die Einführung des Zwei-Wege-Systems²⁾ zur Abfertigung der Fahrgäste, ihres Gepäcks und ihrer privaten Straßenfahrzeuge in Betracht ziehen.“

Norm 3.14 wird wie folgt geändert:

„3.14 **Norm.** Die öffentlichen Behörden prüfen ohne ungebührliche Verzögerung, ob die an Bord befindlichen Personen die für die Einreise in den Staat erforderlichen Voraussetzungen erfüllen.“

²⁾ Reference is made to Recommended Practice 11 and appendix II of Annex F3 of the Kyoto Convention.

²⁾ Il convient de se reporter à la pratique recommandée 11 et à l’appendice II de l’Annexe F3 de la Convention de Kyoto.

²⁾ Es wird auf Empfehlung 11 und Anhang II der Anlage F3 des Übereinkommens von Kyoto verwiesen.

In Section 4, Public Health and Quarantine Including Sanitary Measures for Animals and Plants:

.1 Recommended Practice 4.2 is amended to read:

“4.2 **Recommended Practice.** Contracting Governments having certain interests in common owing to their health, geographical, social or economic conditions should conclude special arrangements pursuant to Article 85 of the International Health Regulations when such arrangements will facilitate the application of those Regulations.”

In Section 5, Miscellaneous Provisions:

.1 Standard 5.9 is amended to read:

“5.9 **Standard.** Public authorities shall not require a shipowner to place special information for use of such authorities on a transport document or a copy thereof, unless the shipowner is or is acting for, the importer or exporter.”

To Section 5, Miscellaneous Provisions, is added:

“H. Electronic data processing/
electronic data interchange
(EDP/EDI)

5.15 **Recommended Practice.** When introducing electronic data processing and interchange techniques to facilitate the clearance of ships, Contracting Governments should encourage public authorities and private parties concerned to exchange data electronically in conformity with international standards.

5.16 **Standard.** Public authorities shall accept any of the documents required for the clearance of ships, when produced by electronic data processing or interchange techniques that conform with international standards provided they contain the required information.

5.17 **Standard.** Public authorities, when introducing electronic data processing and interchange techniques for the clearance of ships, shall limit the information they require to that provided for in the pertinent provisions of this annex.

5.18 **Recommended Practice.** When planning for, introducing, or modifying electronic data processing or interchange techniques for the clearance of ships, public authorities should endeavour to:

Chapitre 4 – Hygiène, services médicaux et quarantaine, services vétérinaires et phytosanitaires

.1 La pratique recommandée 4.2 est modifiée comme suit:

«4.2 **Pratique recommandée.** Les Gouvernements contractants ayant des intérêts communs en raison de leurs conditions sanitaires, géographiques, sociales et économiques devraient conclure des arrangements spéciaux, au titre de l'article 85 du Règlement sanitaire international, dans le cas où de tels arrangements facilitent l'application de ce règlement.»

Chapitre 5 – Dispositions diverses

.1 La norme 5.9 est modifiée comme suit:

«5.9 **Norme.** Les pouvoirs publics n'exigent pas de l'armateur qu'il fasse figurer des renseignements spéciaux à leur intention sur le document de transport ou la copie de ce document, à moins que l'armateur n'agisse en qualité d'importateur ou d'exportateur ou au nom de l'importateur ou de l'exportateur.»

Le texte ci-après est ajouté au chapitre 5 – Dispositions diverses:

«H. Traitement électronique de
l'information/échange de données
informatisées (TEI/EDI)

5.15 **Pratique recommandée.** Lorsqu'ils adoptent des techniques de traitement électronique de l'information et d'échange de données informatisées pour faciliter le déroulement des formalités concernant les navires, les Gouvernements contractants devraient encourager les pouvoirs publics et les parties privées intéressées à procéder à l'échange de renseignements par des moyens électroniques, conformément aux normes internationales.

5.16 **Norme.** Les pouvoirs publics acceptent tout document exigé pour le déroulement des formalités concernant les navires, qui est établi par des techniques de traitement électronique de l'information ou d'échange de données informatisées conformes aux normes internationales, sous réserve qu'il soit lisible et compréhensible et qu'il contienne les renseignements requis.

5.17 **Norme.** Les pouvoirs publics qui adoptent des techniques de traitement électronique de l'information et d'échange de données informatisées pour le déroulement des formalités concernant les navires limitent les renseignements qu'ils exigent à ceux qui sont prévus dans les dispositions pertinentes de la présente Annexe.

5.18 **Pratique recommandée.** Lorsqu'ils envisagent, adoptent ou modifient des techniques de traitement électronique de l'information ou d'échange de données informatisées pour le déroulement des formalités concernant les navires, les pouvoirs publics devraient s'efforcer:

Abschnitt 4 – Gesundheits- und Quarantänevorschriften einschließlich der Gesundheitsmaßnahmen bei Tieren und Pflanzen

.1 Empfehlung 4.2 wird wie folgt geändert:

„4.2 **Empfehlung.** Vertragsregierungen, die infolge ihrer gesundheitlichen, geographischen, sozialen oder wirtschaftlichen Bedingungen gewisse gemeinsame Interessen haben, sollen gemäß Artikel 85 der Internationalen Gesundheitsvorschriften besondere Vereinbarungen treffen, wenn diese die Anwendung dieser Vorschriften erleichtern.“

Abschnitt 5 – Verschiedenes

.1 Norm 5.9 wird wie folgt geändert:

„5.9 **Norm.** Die öffentlichen Behörden verlangen von einem Reeder nicht, daß er für ihre Zwecke besondere Angaben in ein Beförderungspapier oder eine Abschrift desselben einträgt, sofern der Reeder nicht gleichzeitig Importeur oder Exporteur ist oder für diesen handelt.“

Folgendes wird dem Abschnitt 5 – Verschiedenes – angefügt:

„H. Elektronische Datenverarbeitung/
Elektronischer Datenaustausch
(EDV/EDA)

5.15 **Empfehlung.** Wenn sie die Technik der elektronischen Datenverarbeitung und des elektronischen Datenaustauschs zur Erleichterung der Abfertigung der Schiffe einführen, sollen die Vertragsregierungen die öffentlichen Behörden und betroffene private Parteien zu einem elektronischen Informationsaustausch entsprechend den internationalen Normen ermutigen.

5.16 **Norm.** Die öffentlichen Behörden nehmen jedes für die Abfertigung der Schiffe erforderliche Dokument entgegen, das mittels elektronischer Datenverarbeitung oder elektronischen Datenaustauschs entsprechend den internationalen Normen erstellt wurde, sofern es die erforderlichen Informationen enthält.

5.17 **Norm.** Bei Einführung der Technik der elektronischen Datenverarbeitung oder des elektronischen Datenaustauschs zur Abfertigung der Schiffe beschränken die öffentlichen Behörden die von ihnen verlangten Informationen auf die in den einschlägigen Bestimmungen dieser Anlage aufgeführten Informationen.

5.18 **Empfehlung.** Bei der Planung, Einführung oder Änderung der Technik der elektronischen Datenverarbeitung oder des elektronischen Datenaustauschs zur Abfertigung der Schiffe sollen sich die öffentlichen Behörden darum bemühen,

- | | | |
|---|--|--|
| <p>(a) afford all interested parties, from the outset, the opportunity for consultation;</p> <p>(b) evaluate existing procedures and eliminate those which are unnecessary;</p> <p>(c) determine those procedures which are to be computerized;</p> <p>(d) use United Nations (UN) Recommendations and relevant ISO Standards to the maximum extent practicable;</p> <p>(e) adapt these techniques for multimodal applications; and</p> <p>(f) take appropriate steps to minimize the cost of implementing these techniques to operators and other private parties.</p> | <p>a) de donner, dès le début, à toutes les parties intéressées l'occasion de participer à des consultations;</p> <p>b) d'évaluer les procédures actuelles et d'éliminer celles qui sont inutiles;</p> <p>c) de déterminer les procédures qui doivent être informatisées;</p> <p>d) d'appliquer, dans la mesure où cela est possible dans la pratique, les recommandations de l'Organisation des Nations Unies (ONU) et les normes pertinentes de l'ISO;</p> <p>e) d'adapter ces techniques à des fins d'application multimodale;</p> <p>f) de prendre les mesures voulues pour réduire au minimum le coût de la mise en œuvre de ces techniques pour les exploitants et autres parties privées.</p> | <p>a) allen betroffenen Parteien von Anfang an Gelegenheit zu Konsultationen zu geben;</p> <p>b) die bestehenden Verfahren zu überprüfen und unnötige Verfahren zu beseitigen;</p> <p>c) die Verfahren zu bestimmen, die auf Rechner umgestellt werden sollen;</p> <p>d) soweit praktisch irgend möglich, die Empfehlungen der Vereinten Nationen (VN) und die einschlägigen ISO-Normen anzuwenden;</p> <p>e) diese Technik an eine multimodale Anwendung anzupassen und</p> <p>f) geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Kosten der Anwendung dieser Technik für die Betreiber und andere private Parteien auf ein Mindestmaß zu beschränken.</p> |
|---|--|--|

5.19 **Standard.** Public authorities, when introducing electronic data processing and interchange techniques for the clearance of ships, shall encourage but not require their use by maritime operators and other parties concerned.

5.19 **Norme.** Les pouvoirs publics qui adoptent des techniques de traitement électronique de l'information et d'échange de données informatisées pour le déroulement des formalités concernant les navires, encouragent mais n'exigent pas leur emploi par les exploitants maritimes et autres parties intéressées.

5.19 **Norm.** Bei Einführung der Technik der elektronischen Datenverarbeitung oder des elektronischen Datenaustauschs zur Abfertigung der Schiffe fördern die öffentlichen Behörden zwar die Nutzung dieser Technik durch Unternehmen der Seeschifffahrt und andere Betroffene, schreiben diese jedoch nicht vor.

I. Private gift packages and trade samples

5.20 **Recommended Practice.** Public authorities should provide simplified procedures for the prompt clearance of private gift packages and trade samples not exceeding a certain value or quality, which should be set at as high a level as possible.

I. Colis de cadeaux privés et échantillons commerciaux

5.20 **Pratique recommandée.** Les pouvoirs publics devraient prévoir des procédures simplifiées pour assurer le déroulement rapide des formalités concernant les colis de cadeaux privés et les échantillons commerciaux ne dépassant pas une certaine valeur ou qualité dont le niveau devrait être fixé à un niveau aussi élevé que possible.

I. Private Geschenkpackstücke und Warenmuster

5.20 **Empfehlung.** Die öffentlichen Behörden sollen vereinfachte Verfahren für die zügige Abfertigung privater Geschenkpackstücke und Warenmuster vorsehen, deren Wert oder Qualität eine möglichst hoch angesetzte Größe nicht überschreiten darf.

J. Consular formalities and fees

5.21 **Standard.** Contracting Governments shall not require consular formalities, charges or fees in connection with documents for the clearance of ships.

J. Formalités et droits consulaires

5.21 **Norme.** Les Gouvernements contractants n'imposent pas de formalités, de redevances ni de droits consulaires pour les documents requis pour le déroulement des formalités concernant les navires.

J. Konsularische Förmlichkeiten und Gebühren

5.21 **Norm.** Die Vertragsregierungen verlangen für die für die Abfertigung der Schiffe erforderlichen Dokumente keine konsularischen Förmlichkeiten, Abgaben oder Gebühren.

K. Submission of pre-import information

5.22 **Recommended Practice.** Public authorities should develop procedures to allow for the submission of advance information prior to arrival of cargo in order to facilitate customs clearance.

K. Soumission de renseignements avant l'importation

5.22 **Pratique recommandée.** Les pouvoirs publics devraient élaborer des procédures pour permettre la soumission de renseignements avant l'arrivée de la cargaison afin d'en faciliter le dédouanement.

K. Übermittlung von Informationen vor der Einfuhr

5.22 **Empfehlung.** Die öffentlichen Behörden sollen Verfahren erarbeiten, welche die Übermittlung von Vorabinformationen vor Ankunft der Ladung ermöglichen, um die Zollabfertigung zu erleichtern.

L. Clearance of specialized equipment

5.23 **Standard.** Public authorities shall grant prompt customs clearance of specialized equipment needed to implement security measures.

L. Déroulement des formalités concernant le matériel spécialisé

5.23 **Norme.** Les pouvoirs publics prévoient un dédouanement rapide pour le matériel spécialisé nécessaire à la mise en œuvre des mesures de sûreté.

L. Abfertigung von Spezialausrüstung

5.23 **Norm.** Die öffentlichen Behörden gewähren der für die Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen benötigten Spezialausrüstung eine zügige Zollabfertigung.

M. Falsified documents

5.24 **Standard.** Each Contracting Government shall ensure that the public authorities seize fraudulent, falsified or counterfeit travel documents of inadmissible persons. Such documents shall be removed from circulation and returned to the appropriate

M. Documents falsifiés

5.24 **Norme.** Chaque Gouvernement contractant veille à ce que les pouvoirs publics saisissent les documents de voyage frauduleux, falsifiés ou faux en possession de personnes non admissibles. Ces documents sont retirés de la circulation et

M. Gefälschte Dokumente

5.24 **Norm.** Jede Vertragsregierung trägt dafür Sorge, daß die öffentlichen Behörden verfälschte, gefälschte oder falsche Reisedokumente nicht einreiseberechtigter Personen beschlagnahmen. Diese Dokumente werden aus dem Verkehr gezogen und

authorities when practicable. In place of a seized document, a covering letter shall be issued by the removing State and attached to it will be a photocopy of the forged travel documents, if available, as well as any important information. The covering letter and its attachment shall be handed over to the operator effecting the removal of the inadmissible person. It will serve to give information to the authorities at the transit and/or the original point of embarkation.

Note:

The above Standard shall not be construed as overriding the right of the public authorities of the Contracting Governments to determine whether or not, depending on the individual case, possession of fraudulent documents in itself constitutes grounds for refusal of admission and prompt removal from the territory of the State concerned. Nothing in this Standard is to be construed as contradicting the provisions of the UN Convention Relating to the Status of Refugees of 28 July 1951 and the UN Protocol Relating to the Status of Refugees of 31 January 1967, which concern the prohibitions of the expulsion or return of a refugee."

renvoyés aux autorités compétentes lorsque cela est possible. En remplacement d'un document saisi, l'Etat qui renvoie une personne non admissible émet une lettre explicative et y joint une photocopie des faux documents de voyage, s'ils sont disponibles, ainsi que tout autre renseignement important. La lettre explicative et la pièce jointe sont remises à l'exploitant qui effectue le réacheminement de la personne non admissible. Cette lettre servira à informer les autorités au point de transit et/ou au point d'embarquement initial.

Note:

La norme ci-dessus ne doit pas être interprétée comme l'emportant sur le droit des pouvoirs publics des Gouvernements contractants de déterminer, dans chaque cas, si la possession de documents frauduleux constitue en soi une raison de refus d'admission et d'expulsion immédiate du territoire de l'Etat intéressé. Aucune disposition de la norme ne doit être interprétée comme étant contraire aux dispositions de la Convention des Nations Unies relative au statut des réfugiés, adoptée le 28 juillet 1951, et du Protocole des Nations Unies relatif au statut des réfugiés, adopté le 31 janvier 1967, qui concernent l'interdiction d'expulser ou de refouler un réfugié.»

nach Möglichkeit den zuständigen Behörden zurückgesendet. Als Ersatz für das beschlagnahmte Dokument stellt der Staat, der eine nicht einreiserechtigte Person zurückweist, einen Begleitbrief aus, dem eine Fotokopie der falschen Reisedokumente, sofern vorhanden, sowie jede weitere wichtige Information beigelegt wird. Der Begleitbrief und seine Anlage werden dem Unternehmen übergeben, das die Rückführung der nicht einreiserechtigen Person übernimmt. Der Brief dient dem Zweck, die Behörden an Transitstellen und/oder am ursprünglichen Einschiffungsort zu unterrichten.

Anmerkung:

Die vorstehende Norm ist nicht so auszulegen, als hebe sie das Recht der öffentlichen Behörden der Vertragsregierungen auf, im Einzelfall zu entscheiden, ob der Besitz verfälschter Dokumente an sich einen Grund zur Verweigerung der Einreise oder zur sofortigen Abschiebung aus dem Hoheitsgebiet des betreffenden Staates darstellt. Die Norm ist nicht so auszulegen, als widerspreche sie den Bestimmungen des Abkommens der Vereinten Nationen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls der Vereinten Nationen vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, die das Verbot der Ausweisung oder Zurückweisung eines Flüchtlings betreffen."

Änderungen
zum Zweck der Neugliederung
der Anlage des Übereinkommens von 1965
zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs

Amendments
aiming at the restructuring
of the Annex to the FAL Convention

Amendements
visant à restructurer l'annexe de la Convention
visant à faciliter le trafic maritime international, 1965, telle que modifiée

(Übersetzung)

Restructuring
of sections and subsections

In Section 1, subsection "C" is added to read:

"C. Electronic Data Processing Techniques".

In Section 2, subsection "E" is deleted and a new subsection G is added to read:

"G. Errors in documentation and penalties therefor".

Sub-heading letters "F" and "G" are amended to read "E" and "F".

In Section 3, the heading of subsection B is amended to read:

"B. Measures to facilitate clearance of passengers, crew and baggage".

In Section 3, subsection "C" is added to read:

"C. Special facilities for marine transport of elderly and disabled passengers".

Sub-heading letters "C", "D", "E" and "F" are amended to read "D", "E", "F" and "G".

Section 4 is amended to read:

"Section 5 – Public health and quarantine including sanitary measures for animals and plants".

A new Section 4 is added to read:

"Section 4 – Arrival, stay and departure of cargo and other articles".

In new Section 4, subsections are added with headings to read:

"A. General

B. Clearance of export cargo

Restructuration
des chapitres et sections

Au chapitre premier, ajouter la section C suivante:

«C. Techniques de traitement électronique de l'information».

Au chapitre 2, supprimer la section E et ajouter une nouvelle section G intitulée:

«G. Erreurs dans les documents: sanctions».

Remplacer les lettres désignant les sections F et G par «E» et «F».

Au chapitre 3, modifier l'intitulé de la section B comme suit:

«B. Mesures visant à faciliter le déroulement des formalités concernant les passagers, l'équipage et les bagages».

Au chapitre 3, ajouter la section «C» suivante:

«C. Installations et services particuliers pour le transport par mer des passagers âgés et des handicapés»;

remplacer les lettres désignant les sections C, D, E et F par «D», «E», «F» et «G».

Le chapitre 4 devient:

«Chapitre 5 – Hygiène, services médicaux et quarantaine, services vétérinaires et phytosanitaires».

Ajouter le nouveau chapitre 4 intitulé:

«Chapitre 4 – Entrée, séjour au port et sortie des cargaisons et autres articles».

Le nouveau chapitre comporte les sections suivantes:

«A. Dispositions générales

B. Dédouanement des marchandises à l'exportation

Neugliederung
der Abschnitte und Unterabschnitte

In Abschnitt 1 wird der folgende Buchstabe C angefügt:

„C. Technik der elektronischen Datenverarbeitung“.

In Abschnitt 2 wird der Buchstabe E gestrichen, und der folgende neue Buchstabe G wird angefügt:

„G. Fehler in den Dokumenten und Strafen dafür“.

Die Buchstaben F und G werden in „E“ und „F“ geändert.

In Abschnitt 3 wird die Überschrift des Buchstabens B wie folgt geändert:

„B. Maßnahmen zur Erleichterung der Abfertigung von Fahrgästen, Besatzung und Gepäck“.

In Abschnitt 3 wird folgender Buchstabe „C“ angefügt:

„C. Besondere Einrichtungen für die Beförderung älterer und behinderter Fahrgäste auf See“.

Die Buchstaben C, D, E und F werden geändert in „D“, „E“, „F“ und „G“.

Abschnitt 4 wird wie folgt geändert:

„Abschnitt 5 – Gesundheits- und Quarantänevorschriften einschließlich der Gesundheitsmaßnahmen bei Tieren und Pflanzen“.

Es wird folgender neuer Abschnitt 4 angefügt:

„Abschnitt 4 – Ankunft, Verbleib und Abgang der Ladung und anderer Gegenstände“.

In dem neuen Abschnitt 4 werden folgende Buchstaben angefügt:

„A. Allgemeines

B. Abfertigung der Ausfuhrladung

C. Clearance of import cargo	C. Dédouanement des marchandises à l'importation	C. Abfertigung der Einfuhrladung
D. Containers and pallets	D. Conteneurs et palettes	D. Container und Paletten
E. Cargo not discharged at the port of intended destination	E. Cargaison non déchargée dans le port de destination prévu	E. Ladung, die nicht im vorgesehenen Bestimmungshafen gelöscht wird
F. Limitations of shipowners' responsibilities".	F. Limitation de la responsabilité de l'armateur».	F. Beschränkung der Haftung des Reeders“.
Section 5 is amended to read: „Section 6 – Miscellaneous provisions”.	Modifier le chapitre 5 comme suit: «Chapitre 6 – Dispositions diverses».	Abschnitt 5 wird wie folgt geändert: „Abschnitt 6 – Verschiedenes“.
In the new Section 6, subsections B, D, E, H, I, J, K, L and M are deleted.	Au nouveau chapitre 6, supprimer les sections B, D, E, H, I, J, K, L et M.	In dem neuen Abschnitt 6 werden die Buchstaben B, D, E, H, I, J, K, L und M gestrichen.
Sub-heading letters C, F and G are amended to read B, C and D.	Remplacer les lettres désignant les sections C, F et G par «B», «C» et «O».	Die Buchstaben C, F und G werden geändert in „B“, „C“ und „D“.

Rearrangement
of Standards and Recommended
Practices into subsections

Réagencement
des normes et pratiques
recommandées à l'intérieur
des sections

Neuaufteilung
der Normen und Empfehlungen
unter den Buchstaben

In Section 1, subsection B is to include: Standard 1.1; and Recommended Practices 1.1.1, 1.2 and 1.3.	A la section B du chapitre premier, doivent figurer: la norme 1.1; et les pratiques recommandées 1.1.1, 1.2 et 1.3.	In Abschnitt 1 umfaßt Buchstabe B die Norm 1.1; die Empfehlungen 1.1.1, 1.2 und 1.3.
In Section 1, subsection C is to include: Standards 5.16, 5.17 and 5.19; and Recommended Practices 5.15 and 5.18.	A la section C du chapitre premier, doivent figurer: les normes 5.16, 5.17 et 5.19; et les pratiques recommandées 5.15 et 5.18.	In Abschnitt 1 umfaßt Buchstabe C die Normen 5.16, 5.17 und 5.19; die Empfehlungen 5.15 und 5.18.
In Section 2, subsection A is to include: Standards 2.1 and 5.21.	A la section A du chapitre 2 doivent figurer: les normes 2.1 et 5.21.	In Abschnitt 2 umfaßt Buchstabe A die Normen 2.1 und 5.21.
In Section 2, subsection B is to include: Standards 2.2, 2.2.3, 2.3, 2.3.2, 2.3.3, 2.3.4, 2.4, 2.4.1, 2.5, 2.5.1, 2.6, 2.6.1, 2.6.2, 2.6.3, 2.7, 2.7.5, 2.7.6, 2.8 and 2.9; and Recommended Practices 2.2.1, 2.2.2, 2.3.1, 2.3.4.1, 2.3.5, 2.5.2, 2.6.4, 2.7.1, 2.7.2, 2.7.3, 2.7.4 and 2.7.6.1.	A la section B du chapitre 2 doivent figurer: les normes 2.2, 2.2.3, 2.3, 2.3.2, 2.3.3, 2.3.4, 2.4, 2.4.1, 2.5, 2.5.1, 2.6, 2.6.1, 2.6.2, 2.6.3, 2.7, 2.7.5, 2.7.6, 2.8 et 2.9; et les pratiques recommandées 2.2.1, 2.2.2, 2.3.1, 2.3.4.1, 2.3.5, 2.5.2, 2.6.4, 2.7.1, 2.7.2, 2.7.3, 2.7.4 et 2.7.6.1.	In Abschnitt 2 umfaßt Buchstabe B die Normen 2.2, 2.2.3, 2.3, 2.3.2, 2.3.3, 2.3.4, 2.4, 2.4.1, 2.5, 2.5.1, 2.6, 2.6.1, 2.6.2, 2.6.3, 2.7, 2.7.5, 2.7.6, 2.8 und 2.9; die Empfehlungen 2.2.1, 2.2.2, 2.3.1, 2.3.4.1, 2.3.5, 2.5.2, 2.6.4, 2.7.1, 2.7.2, 2.7.3, 2.7.4 und 2.7.6.1.
In Section 2, subsection C is to include: Standard 2.10.	A la section C du chapitre 2 doit figurer la norme 2.10.	In Abschnitt 2 umfaßt Buchstabe C die Norm 2.10.
In Section 2, subsection D is to include: Standards 2.11, 2.11.1 and 2.11.3; and Recommended Practice 2.11.2.	A la section D du chapitre 2 doivent figurer les normes 2.11, 2.11.1 et 2.11.3, et la pratique recommandée 2.11.2.	In Abschnitt 2 umfaßt Buchstabe D die Normen 2.11, 2.11.1 und 2.11.3; die Empfehlung 2.11.2.
In Section 2, subsection E is to include: Recommended Practice 2.13.	A la section E du chapitre 2 doit figurer: la pratique recommandée 2.13.	In Abschnitt 2 umfaßt Buchstabe E die Empfehlung 2.13.
In Section 2, subsection F is to include: Standards 2.15, 2.15.1 and 2.16; and Recommended Practice 2.14.	A la section F du chapitre 2 doivent figurer: les normes 2.15, 2.15.1 et 2.16; et la pratique recommandée 2.14.	In Abschnitt 2 umfaßt Buchstabe F die Normen 2.15, 2.15.1 und 2.16; die Empfehlung 2.14.
In Section 2, subsection G is to include: Standards 5.2 and 5.3.	A la section G du chapitre 2 doivent figurer: les normes 5.2 et 5.3.	In Abschnitt 2 umfaßt Buchstabe G die Normen 5.2 und 5.3.
In Section 2, subsection H is to include: Standards 2.17, 2.18, 2.19, 2.20, 2.21, 2.22, 2.23 and 2.24.	A la section H du chapitre 2 doivent figurer: les normes 2.17, 2.18, 2.19, 2.20, 2.21, 2.22, 2.23 et 2.24.	In Abschnitt 2 umfaßt Buchstabe H die Normen 2.17, 2.18, 2.19, 2.20, 2.21, 2.22, 2.23 und 2.24.
In Section 3, subsection A is to include: Standards 3.1, 3.2, 3.3, 5.24, 3.7, 3.10, 3.10.1 and 3.10.2; and	A la section A du chapitre 3 doivent figurer: les normes 3.1, 3.2, 3.3, 5.24, 3.7, 3.10, 3.10.1 et 3.10.2; et	In Abschnitt 3 umfaßt Buchstabe A die Normen 3.1, 3.2, 3.3, 5.24, 3.7, 3.10, 3.10.1 und 3.10.2;

Recommended Practices 3.1.1, 3.4, 3.5, 3.6, 3.8, 3.9, 3.9.1, 3.9.2 and 3.10.3.	les pratiques recommandées 3.1.1, 3.4, 3.5, 3.6, 3.8, 3.9, 3.9.1, 3.9.2 et 3.10.3.	die Empfehlungen 3.1.1, 3.4, 3.5, 3.6, 3.8, 3.9, 3.9.1, 3.9.2 und 3.10.3.
In Section 3, subsection B is to include: Standards 3.12, 3.14, 3.15 and 3.15.1; and Recommended Practices 3.11, 3.11.1, 3.11.6, 3.13 and 3.15.2.	A la section B du chapitre 3 doivent figurer: les normes 3.12, 3.14, 3.15 et 3.15.1; et les pratiques recommandées 3.11, 3.11.1, 3.11.6, 3.13 et 3.15.2.	In Abschnitt 3 umfaßt Buchstabe B die Normen 3.12, 3.14, 3.15 und 3.15.1; die Empfehlungen 3.11, 3.11.1, 3.11.6, 3.13 und 3.15.2.
In Section 3, subsection C is to include: Recommended Practices 3.11.2, 3.11.3, 3.11.4 and 3.11.5.	A la section C du chapitre 3 doivent figurer: les pratiques recommandées 3.11.2, 3.11.3, 3.11.4 et 3.11.5.	In Abschnitt 3 umfaßt Buchstabe C die Empfehlungen 3.11.2, 3.11.3, 3.11.4 und 3.11.5.
In Section 3, subsection D is to include: Standards 3.16.1, 3.16.2, 3.16.3, 3.16.4, 3.16.6, 3.16.7, 3.16.8, 3.16.12, 3.16.13 and 3.16.15; and Recommended Practices 3.16.5, 3.16.9, 3.16.10, 3.16.11, 3.16.14 and 3.16.16.	A la section D du chapitre 3 doivent figurer: les normes 3.16.1, 3.16.2, 3.16.3, 3.16.4, 3.16.6, 3.16.7, 3.16.8, 3.16.12, 3.16.13 et 3.16.15; et les pratiques recommandées 3.16.5, 3.16.9, 3.16.10, 3.16.11, 3.16.14 et 3.16.16.	In Abschnitt 3 umfaßt Buchstabe D die Normen 3.16.1, 3.16.2, 3.16.3, 3.16.4, 3.16.6, 3.16.7, 3.16.8, 3.16.12, 3.16.13 und 3.16.15; die Empfehlungen 3.16.5, 3.16.9, 3.16.10, 3.16.11, 3.16.14 und 3.16.16.
In Section 3, subsection E is to include: Standard 3.17.1; and Recommended Practices 3.17.2, 3.17.3, 3.17.4, 3.17.5, 3.17.6 and 3.17.7.	A la section E du chapitre 3 doivent figurer: la norme 3.17.1; et les pratiques recommandées 3.17.2, 3.17.3, 3.17.4, 3.17.5, 3.17.6 et 3.17.7.	In Abschnitt 3 umfaßt Buchstabe E die Norm 3.17.1; die Empfehlungen 3.17.2, 3.17.3, 3.17.4, 3.17.5, 3.17.6 und 3.17.7.
In Section 3, subsection F is to include: Recommended Practice 3.18.	A la section F du chapitre 3 doit figurer: la pratique recommandée 3.18.	In Abschnitt 3 umfaßt Buchstabe F die Empfehlung 3.18.
In Section 3, subsection G is to include: Standards 3.19, 3.19.1 and 3.19.3; and Recommended Practices 3.19.2 and 3.19.4.	A la section G du chapitre 3 doivent figurer: les normes 3.19, 3.19.1 et 3.19.3; et les pratiques recommandées 3.19.2 et 3.19.4.	In Abschnitt 3 umfaßt Buchstabe G die Normen 3.19, 3.19.1 und 3.19.3; die Empfehlungen 3.19.2 und 3.19.4.
In Section 4, subsection A is to include: Recommended Practices 2.12, 2.12.1, 2.12.3 and 5.20.	A la section A du chapitre 4 doivent figurer: les pratiques recommandées 2.12, 2.12.1, 2.12.3 et 5.20.	In Abschnitt 4 umfaßt Buchstabe A die Empfehlungen 2.12, 2.12.1, 2.12.3 und 5.20.
In Section 4, subsection C is to include: Standard 2.12.8; and Recommended Practices 2.12.2 and 5.22.	A la section C du chapitre 4 doivent figurer: la norme 2.12.8; et les pratiques recommandées 2.12.2, et 5.22.	In Abschnitt 4 umfaßt Buchstabe C die Norm 2.12.8; die Empfehlungen 2.12.2 und 5.22.
In Section 4, subsection D is to include: Standards 2.12.4, 2.12.6 and 2.12.7; and Recommended Practice 2.12.5.	A la section D du chapitre 4 doivent figurer: les normes 2.12.4, 2.12.6 et 2.12.7, et la pratique recommandée 2.12.5.	In Abschnitt 4 umfaßt Buchstabe D die Normen 2.12.4, 2.12.6 und 2.12.7; die Empfehlung 2.12.5.
In Section 4, subsection E is to include: Standards 5.7 and 5.8.	A la section E du chapitre 4 doivent figurer: les normes 5.7 et 5.8.	In Abschnitt 4 umfaßt Buchstabe E die Normen 5.7 und 5.8.
In Section 4, subsection F is to include: Standards 5.9 and 5.10.	A la section F du chapitre 4 doivent figurer: les normes 5.9 et 5.10.	In Abschnitt 4 umfaßt Buchstabe F die Normen 5.9 und 5.10.
Section 5 is to include: Standards 4.1, 4.4.1, 4.5, 4.7, 4.9 and 4.10; and Recommended Practices 4.2, 4.3, 4.4, 4.6, 4.8 and 4.11.	Au chapitre 5 doivent figurer: les normes 4.1, 4.4.1, 4.5, 4.7, 4.9 et 4.10; et les pratiques recommandées 4.2, 4.3, 4.4, 4.6, 4.8 et 4.11.	Abschnitt 5 umfaßt die Normen 4.1, 4.4.1, 4.5, 4.7, 4.9 und 4.10; die Empfehlungen 4.2, 4.3, 4.4, 4.6, 4.8 und 4.11.
In Section 6, subsection A is to include: Recommended Practice 5.1.	A la section A du chapitre 6 doit figurer: la pratique recommandée 5.1.	In Abschnitt 6 umfaßt Buchstabe A die Empfehlung 5.1.
In Section 6, subsection B is to include: Standards 5.4.1, 5.4.2 and 5.5; and Recommended Practices 5.4, 5.4.3 and 5.6.	A la section B du chapitre 6 doivent figurer: les normes 5.4.1, 5.4.2 et 5.5, et les pratiques recommandées 5.4, 5.4.3 et 5.6.	In Abschnitt 6 umfaßt Buchstabe B die Normen 5.4.1, 5.4.2 und 5.5; die Empfehlungen 5.4, 5.4.3 und 5.6.
In Section 6, subsection C is to include: Standards 5.11, 5.12 and 5.23.	A la section C du chapitre 6 doivent figurer: les normes 5.11, 5.12 et 5.23.	In Abschnitt 6 umfaßt Buchstabe C die Normen 5.11, 5.12 und 5.23.
In Section 6, subsection D is to include: Recommended Practices 5.13 and 5.14.	A la section D du chapitre 6 doivent figurer: les pratiques recommandées 5.13 et 5.14.	In Abschnitt 6 umfaßt Buchstabe D die Empfehlungen 5.13 und 5.14.

Renumbering of "Standards" and "Recommended Practices"	Changement de numérotation des normes et pratiques recommandées	Neue Numerierung der Normen und Empfehlungen
Recommended Practice 5.15 is amended to read 1.4.	La pratique recommandée 5.15 devient 1.4.	Die Empfehlung 5.15 wird geändert in 1.4.
Standard 5.16 is amended to read 1.5.	La norme 5.16 devient 1.5.	Die Norm 5.16 wird geändert in 1.5.
Standard 5.17 is amended to read 1.6.	La norme 5.17 devient 1.6.	Die Norm 5.17 wird geändert in 1.6.
Recommended Practice 5.18 is amended to read 1.7.	La pratique recommandée 5.18 devient 1.7.	Die Empfehlung 5.18 wird geändert in 1.7.
Standard 5.19 is amended to read 1.8.	La norme 5.19 devient 1.8.	Die Norm 5.19 wird geändert in 1.8.
Standard 5.21 is amended to read 2.1.1.	La norme 5.21 devient 2.1.1.	Die Norm 5.21 wird geändert in 2.1.1.
Standard 5.2 is amended to read 2.17.	La norme 5.2 devient 2.17.	Die Norm 5.2 wird geändert in 2.17.
Standard 5.3 is amended to read 2.18.	La norme 5.3 devient 2.18.	Die Norm 5.3 wird geändert in 2.18.
Standard 2.17 is amended to read 2.19.	La norme 2.17 devient 2.19.	Die Norm 2.17 wird geändert in 2.19.
Standard 2.18 is amended to read 2.20.	La norme 2.18 devient 2.20.	Die Norm 2.18 wird geändert in 2.20.
Standard 2.19 is amended to read 2.21.	La norme 2.19 devient 2.21.	Die Norm 2.19 wird geändert in 2.21.
Standard 2.20 is amended to read 2.22.	La norme 2.20 devient 2.22.	Die Norm 2.20 wird geändert in 2.22.
Standard 2.21 is amended to read 2.23.	La norme 2.21 devient 2.23.	Die Norm 2.21 wird geändert in 2.23.
Standard 2.22 is amended to read 2.24.	La norme 2.22 devient 2.24.	Die Norm 2.22 wird geändert in 2.24.
Standard 2.23 is amended to read 2.25.	La norme 2.23 devient 2.25.	Die Norm 2.23 wird geändert in 2.25.
Standard 2.24 is amended to read 2.26.	La norme 2.24 devient 2.26.	Die Norm 2.24 wird geändert in 2.26.
Standard 5.24 is amended to read 3.3.1.	La norme 5.24 devient 3.3.1.	Die Norm 5.24 wird geändert in 3.3.1.
Recommended Practice 3.11.6 is amended to read 3.11.2.	La pratique recommandée 3.11.6 devient 3.11.2.	Die Empfehlung 3.11.6 wird geändert in 3.11.2.
Recommended Practice 3.11.2 is amended to read 3.16.	La pratique recommandée 3.11.2 devient 3.16.	Die Empfehlung 3.11.2 wird geändert in 3.16.
Recommended Practice 3.11.3 is amended to read 3.17.	La pratique recommandée 3.11.3 devient 3.17.	Die Empfehlung 3.11.3 wird geändert in 3.17.
Recommended Practice 3.11.4 is amended to read 3.18.	La pratique recommandée 3.11.4 devient 3.18.	Die Empfehlung 3.11.4 wird geändert in 3.18.
Recommended Practice 3.11.5 is amended to read 3.19.	La pratique recommandée 3.11.5 devient 3.19.	Die Empfehlung 3.11.5 wird geändert in 3.19.
Standard 3.16.1 is amended to read 3.20.	La norme 3.16.1 devient 3.20.	Die Norm 3.16.1 wird geändert in 3.20.
Standard 3.16.2 is amended to read 3.21.	La norme 3.16.2 devient 3.21.	Die Norm 3.16.2 wird geändert in 3.21.
Standard 3.16.3 is amended to read 3.22.	La norme 3.16.3 devient 3.22.	Die Norm 3.16.3 wird geändert in 3.22.
Standard 3.16.4 is amended to read 3.23.	La norme 3.16.4 devient 3.23.	Die Norm 3.16.4 wird geändert in 3.23.
Recommended Practice 3.16.5 is amended to read 3.24.	La pratique recommandée 3.16.5 devient 3.24.	Die Empfehlung 3.16.5 wird geändert in 3.24.
Standard 3.16.6 is amended to read 3.25.	La norme 3.16.6 devient 3.25.	Die Norm 3.16.6 wird geändert in 3.25.
Standard 3.16.7 is amended to read 3.26.	La norme 3.16.7 devient 3.26.	Die Norm 3.16.7 wird geändert in 3.26.
Standard 3.16.8 is amended to read 3.27.	La norme 3.16.8 devient 3.27.	Die Norm 3.16.8 wird geändert in 3.27.
Recommended Practice 3.16.9 is amended to read 3.28.	La pratique recommandée 3.16.9 devient 3.28.	Die Empfehlung 3.16.9 wird geändert in 3.28.
Recommended Practice 3.16.10 is amended to read 3.29.	La pratique recommandée 3.16.10 devient 3.29.	Die Empfehlung 3.16.10 wird geändert in 3.29.
Recommended Practice 3.16.11 is amended to read 3.30.	La pratique recommandée 3.16.11 devient 3.30.	Die Empfehlung 3.16.11 wird geändert in 3.30.
Standard 3.16.12 is amended to read 3.31.	La norme 3.16.12 devient 3.31.	Die Norm 3.16.12 wird geändert in 3.31.
Standard 3.16.13 is amended to read 3.32.	La norme 3.16.13 devient 3.32.	Die Norm 3.16.13 wird geändert in 3.32.
Recommended Practice 3.16.14 is amended to read 3.33.	La pratique recommandée 3.16.14 devient 3.33.	Die Empfehlung 3.16.14 wird geändert in 3.33.
Standard 3.16.15 is amended to read 3.34.	La norme 3.16.15 devient 3.34.	Die Norm 3.16.15 wird geändert in 3.34.
Recommended Practice 3.16.16 is amended to read 3.35.	La pratique recommandée 3.16.16 devient 3.35.	Die Empfehlung 3.16.16 wird geändert in 3.35.
Standard 3.17.1 is amended to read 3.36.	La norme 3.17.1 devient 3.36.	Die Norm 3.17.1 wird geändert in 3.36.
Recommended Practice 3.17.2 is amended to read 3.37.	La pratique recommandée 3.17.2 devient 3.37.	Die Empfehlung 3.17.2 wird geändert in 3.37.

Recommended Practice 3.17.3 is amended to read 3.38.	La pratique recommandée 3.17.3 devient 3.38.	Die Empfehlung 3.17.3 wird geändert in 3.38.
Recommended Practice 3.17.4 is amended to read 3.39.	La pratique recommandée 3.17.4 devient 3.39.	Die Empfehlung 3.17.4 wird geändert in 3.39.
Recommended Practice 3.17.5 is amended to read 3.40.	La pratique recommandée 3.17.5 devient 3.40.	Die Empfehlung 3.17.5 wird geändert in 3.40.
Recommended Practice 3.17.6 is amended to read 3.41.	La pratique recommandée 3.17.6 devient 3.41.	Die Empfehlung 3.17.6 wird geändert in 3.41.
Recommended Practice 3.17.7 is amended to read 3.42.	La pratique recommandée 3.17.7 devient 3.42.	Die Empfehlung 3.17.7 wird geändert in 3.42.
Recommended Practice 3.18 is amended to read 3.43.	La pratique recommandée 3.18 devient 3.43.	Die Empfehlung 3.18 wird geändert in 3.43.
Standard 3.19 is amended to read 3.44.	La norme 3.19 devient 3.44.	Die Norm 3.19 wird geändert in 3.44.
Standard 3.19.1 is amended to read 3.45.	La norme 3.19.1 devient 3.45.	Die Norm 3.19.1 wird geändert in 3.45.
Recommended Practice 3.19.2 is amended to read 3.46.	La pratique recommandée 3.19.2 devient 3.46.	Die Empfehlung 3.19.2 wird geändert in 3.46.
Standard 3.19.3 is amended to read 3.47.	La norme 3.19.3 devient 3.47.	Die Norm 3.19.3 wird geändert in 3.47.
Recommended Practice 3.19.4 is amended to read 3.48.	La pratique recommandée 3.19.4 devient 3.48.	Die Empfehlung 3.19.4 wird geändert in 3.48.
Recommended Practice 2.12. is amended to read 4.1.	La pratique recommandée 2.12 devient 4.1.	Die Empfehlung 2.12 wird geändert in 4.1.
Recommended Practice 2.12.1 is amended to read 4.2.	La pratique recommandée 2.12.1 devient 4.2.	Die Empfehlung 2.12.1 wird geändert in 4.2.
Recommended Practice 2.12.3 is amended to read 4.3.	La pratique recommandée 2.12.3 devient 4.3.	Die Empfehlung 2.12.3 wird geändert in 4.3.
Recommended Practice 5.20 is amended to read 4.4.	La pratique recommandée 5.20 devient 4.4.	Die Empfehlung 5.20 wird geändert in 4.4.
Standard 2.12.8 is amended to read 4.5.	La norme 2.12.8 devient 4.5.	Die Norm 2.12.8 wird geändert in 4.5.
Recommended Practice 2.12.2 is amended to read 4.6.	La pratique recommandée 2.12.2 devient 4.6.	Die Empfehlung 2.12.2 wird geändert in 4.6.
Recommended Practice 5.22 is amended to read 4.7.	La pratique recommandée 5.22 devient 4.7.	Die Empfehlung 5.22 wird geändert in 4.7.
Standard 2.12.4 is amended to read 4.8.	La norme 2.12.4 devient 4.8.	Die Norm 2.12.4 wird geändert in 4.8.
Recommended Practice 2.12.5 is amended to read 4.9.	La pratique recommandée 2.12.5 devient 4.9.	Die Empfehlung 2.12.5 wird geändert in 4.9.
Standard 2.12.6 is amended to read 4.10.	La norme 2.12.6 devient 4.10.	Die Norm 2.12.6 wird geändert in 4.10.
Standard 2.12.7 is amended to read 4.11.	La norme 2.12.7 devient 4.11.	Die Norm 2.12.7 wird geändert in 4.11.
Standard 5.7 is amended to read 4.12.	La norme 5.7 devient 4.12.	Die Norm 5.7 wird geändert in 4.12.
Standard 5.8 is amended to read 4.13.	La norme 5.8 devient 4.13.	Die Norm 5.8 wird geändert in 4.13.
Standard 5.9 is amended to read 4.14.	La norme 5.9 devient 4.14.	Die Norm 5.9 wird geändert in 4.14.
Standard 5.10 is amended to read 4.15.	La norme 5.10 devient 4.15.	Die Norm 5.10 wird geändert in 4.15.
Standard 4.1 is amended to read 5.1.	La norme 4.1 devient 5.1.	Die Norm 4.1 wird geändert in 5.1.
Recommended Practice 4.2 is amended to read 5.2.	La pratique recommandée 4.2 devient 5.2.	Die Empfehlung 4.2 wird geändert in 5.2.
Recommended Practice 4.3 is amended to read 5.3.	La pratique recommandée 4.3 devient 5.3.	Die Empfehlung 4.3 wird geändert in 5.3.
Recommended Practice 4.4 is amended to read 5.4.	La pratique recommandée 4.4 devient 5.4.	Die Empfehlung 4.4 wird geändert in 5.4.
Standard 4.4.1 is amended to read 5.4.1.	La norme 4.4.1 devient 5.4.1.	Die Norm 4.4.1 wird geändert in 5.4.1.
Standard 4.5 is amended to read 5.5.	La norme 4.5 devient 5.5.	Die Norm 4.5 wird geändert in 5.5.
Recommended Practice 4.6 is amended to read 5.6.	La pratique recommandée 4.6 devient 5.6.	Die Empfehlung 4.6 wird geändert in 5.6.
Standard 4.7 is amended to read 5.7.	La norme 4.7 devient 5.7.	Die Norm 4.7 wird geändert in 5.7.
Recommended Practice 4.8 is amended to read 5.8.	La pratique recommandée 4.8 devient 5.8.	Die Empfehlung 4.8 wird geändert in 5.8.
Standard 4.9 is amended to read 5.9.	La norme 4.9 devient 5.9.	Die Norm 4.9 wird geändert in 5.9.
Standard 4.10 is amended to read 5.10.	La norme 4.10 devient 5.10.	Die Norm 4.10 wird geändert in 5.10.

Recommended Practice 4.11 is amended to read 5.11.	La pratique recommandée 4.11 devient 5.11.	Die Empfehlung 4.11 wird geändert in 5.11.
Recommended Practice 5.1 is amended to read 6.1.	La pratique recommandée 5.1 devient 6.1.	Die Empfehlung 5.1 wird geändert in 6.1.
Recommended Practice 5.4 is amended to read 6.2.	La pratique recommandée 5.4 devient 6.2.	Die Empfehlung 5.4 wird geändert in 6.2.
Standard 5.4.1 is amended to read 6.3.	La norme 5.4.1 devient 6.3.	Die Norm 5.4.1 wird geändert in 6.3.
Standard 5.4.2 is amended to read 6.4.	La norme 5.4.2 devient 6.4.	Die Norm 5.4.2 wird geändert in 6.4.
Recommended Practice 5.4.3 is amended to read 6.5.	La pratique recommandée 5.4.3 devient 6.5.	Die Empfehlung 5.4.3 wird geändert in 6.5.
Standard 5.5 is amended to read 6.6.	La norme 5.5 devient 6.6.	Die Norm 5.5 wird geändert in 6.6.
Recommended Practice 5.6 is amended to read 6.7.	La pratique recommandée 5.6 devient 6.7.	Die Empfehlung 5.6 wird geändert in 6.7.
Standard 5.11 is amended to read 6.8.	La norme 5.11 devient 6.8.	Die Norm 5.11 wird geändert in 6.8.
Standard 5.12 is amended to read 6.9.	La norme 5.12 devient 6.9.	Die Norm 5.12 wird geändert in 6.9.
Standard 5.23 is amended to read 6.10.	La norme 5.23 devient 6.10.	Die Norm 5.23 wird geändert in 6.10.
Recommended Practice 5.13 is amended to read 6.11.	La pratique recommandée 5.13 devient 6.11.	Die Empfehlung 5.13 wird geändert in 6.11.
Recommended Practice 5.14 is amended to read 6.12.	La pratique recommandée 5.14 devient 6.12.	Die Empfehlung 5.14 wird geändert in 6.12.

**Bekanntmachung
der Änderungen der Anlage des Übereinkommens
zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs**

Vom 16. Oktober 2000

Die von dem Ausschuss zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation in London am 29. April 1993 angenommenen Änderungen der Anlage des Übereinkommens vom 9. April 1965 zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs (BGBl. 1967 II S. 2434), zuletzt geändert am 1. Mai 1992 (BGBl. 2000 II S. 1343), sind nach Artikel VII Abs. 2 Buchstabe b des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen Vertragsparteien

am 1. September 1994

in Kraft getreten. Die Änderungen werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Berlin, den 16. Oktober 2000

Bundesministerium
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Im Auftrag
Schmidt

Änderungen
der Anlage des Übereinkommens von 1965
zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs
in seiner geänderten Fassung

Amendments
to the Annex to the Convention
on Facilitation of International Maritime Traffic, 1965, as amended

Amendements
à l'Annexe à la Convention de 1965
visant à faciliter le trafic maritime international, telle que modifiée

(Übersetzung)

1 Section 2 – Arrival, Stay and Departure of the Ship:

.1 Recommended Practice 2.3.5 is upgraded to Standard 2.3.5 and amended to read:

“2.3.5 **Standard.** Public authorities shall allow unmanifested parcels in possession of the master to be omitted from the Cargo Declaration provided that particulars of these parcels are furnished separately.

Note:

Particulars of unmanifested parcels should be furnished on a separate form and should include relevant parts of the information normally shown in the Cargo Declaration. The IMO Cargo Declaration form could be used, with the title amended, e.g. to read: “Unmanifested Parcels List”.”

.2 Recommended Practice 2.7.6.1 is amended to read:

“2.7.6.1 **Recommended Practice.** When a stowaway has inadequate documents, public authorities should, whenever practicable and to an extent compatible with national legislation and security requirements, issue a covering letter with a photograph of the stowaway and any other important information. The letter, authorizing the return of the stowaway either to his country of origin or to the point where the stowaway commenced his journey, as appropriate, by any means of transportation and specifying any other conditions imposed by the authorities, should be handed over to the operator effecting the removal of the stowaway. This letter will include information re-

1 Chapitre 2 – Entrée, séjour au port et sortie des navires

.1 La pratique recommandée 2.3.5 devient la norme 2.3.5 et est modifiée comme suit:

«2.3.5 **Norme.** Les pouvoirs publics admettent que les colis non portés au manifeste, en possession du capitaine, ne figurent pas sur la Déclaration de la cargaison à condition que les renseignements s’y rapportant leur soient fournis séparément.

Note:

Des détails sur les colis non portés au manifeste devraient être fournis sur un formulaire distinct reprenant les parties pertinentes des renseignements normalement demandés dans la Déclaration de la cargaison. On pourrait à cette fin utiliser la Déclaration de la cargaison de l'OMI en en modifiant le titre pour le remplacer, par exemple, par «Liste des colis non portés au manifeste».»

.2 La pratique recommandée 2.7.6.1 est modifiée comme suit:

«2.7.6.1 **Pratique recommandée.** Lorsqu’un passager clandestin a des documents inadéquats, les pouvoirs publics devraient, si possible et dans la mesure où cette pratique est compatible avec la législation nationale et les exigences de sécurité, émettre une lettre explicative en y joignant une photographie du passager clandestin et tous autres renseignements importants. Cette lettre autorisant le retour du passager clandestin soit à son pays d’origine soit au point où il a commencé son voyage, selon le cas, par quelque moyen de transport que ce soit et spécifiant toutes autres conditions imposées par les pouvoirs publics, devrait être remise à l’exploitant chargé

1 Abschnitt 2 – Einlaufen, Aufenthalt und Auslaufen der Schiffe

.1 Die Empfehlung 2.3.5 wird zu der Norm 2.3.5 heraufgestuft und wie folgt geändert:

„2.3.5 **Norm.** Die öffentlichen Behörden gestatten, daß im Gewahrsam des Kapitäns befindliche Packstücke, die nicht im Manifest aufgeführt sind, von der Frachterklärung ausgenommen werden, sofern Angaben über diese Packstücke gesondert beigebracht werden.

Anmerkung:

Angaben zu Packstücken, die nicht im Manifest aufgeführt sind, sollen auf einem gesonderten Formular beigebracht werden und die wesentlichen Bestandteile der normalerweise in der Frachterklärung aufgeführten Informationen enthalten. Hierzu könnte das IMO-Frachterklärungsformular verwendet werden, dessen Titel beispielsweise in „Liste der nicht im Manifest aufgeführten Packstücke“ geändert wird.“

.2 Empfehlung 2.7.6.1 wird wie folgt geändert:

„2.7.6.1 **Empfehlung.** Wenn ein blinder Passagier über unzureichende Dokumente verfügt, sollen die öffentlichen Behörden, wenn dies durchführbar und soweit es mit den innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Sicherheitserfordernissen vereinbar ist, einen Begleitbrief mit einer Photographie des blinden Passagiers und allen sonstigen wichtigen Informationen ausstellen. Der Brief, der je nach Fall entweder die Rückkehr des blinden Passagiers in sein Herkunftsland oder zum Ausgangspunkt seiner Reise mit einem beliebigen Verkehrsmittel genehmigt und etwaige von den öffentlichen Behörden vorgeschriebene sonstige Bedingungen darlegt, soll dem Unternehmen übergeben

quired by the authorities at transit points and/or the point of disembarkation.

Note:

This recommendation is not intended to prevent public authorities from further examination of a stowaway, for possible prosecution and/or deportation. Further, nothing in this recommendation is to be construed as contradicting the provisions of the United Nations Convention relating to the Status of Refugees of 28 July 1951 and the United Nations Protocol relating to the Status of Refugees of 31 January 1967 which concern the prohibition of the expulsion or return of a refugee."

2 Section 4 – Arrival, Stay and Departure of Cargo and other Articles:

.1 Recommended Practice 4.9 is amended to read:

"4.9 **Recommended Practice.** Public authorities should provide in their regulations, referred to in Standard 4.8, for the acceptance of a simple declaration to the effect that containers and pallets temporarily imported will be re-exported within the time-limit set by the State concerned."

.2 Standard 4.10 is amended to read:

"4.10 **Standard.** Public authorities shall permit containers and pallets entering the territory of a State under the provisions of Standard 4.8 to depart the limits of the port of arrival for clearance of imported cargo and/or loading of export cargo under simplified control procedures and with a minimum of documentation."

du réacheminement du passager clandestin. Elle doit fournir les renseignements sollicités par les services compétents aux points de transit et/ou au point de débarquement.

Note:

La présente recommandation ne vise pas à empêcher les pouvoirs publics de soumettre le passager clandestin à des formalités plus détaillées en vue, éventuellement, de le traduire en justice et/ou de le renvoyer. De même, aucune disposition de la présente recommandation ne devrait être interprétée comme allant à l'encontre des dispositions de la Convention des Nations Unies relative au statut des réfugiés, adoptée le 28 juillet 1951, et du Protocole des Nations Unies relatif au statut des réfugiés, adopté le 31 janvier 1967 qui concernent l'interdiction d'expulser ou de refouler un réfugié.»

2 Chapitre 4 – Entrée, séjour au port et sortie des cargaisons et autres articles

.1 La pratique recommandée 4.9 est modifiée comme suit:

«4.9 **Pratique recommandée.** Les pouvoirs publics devraient prévoir dans leur législation, mentionnée dans la norme 4.8, des dispositions visant à accepter une simple déclaration selon laquelle les conteneurs et les palettes qui sont importés à titre temporaire seront réexportés dans le délai fixé par l'Etat intéressé.»

.2 La norme 4.10 est modifiée comme suit:

«4.10 **Norme.** Les pouvoirs publics autorisent les conteneurs et les palettes qui entrent dans le territoire d'un Etat en vertu des dispositions de la norme 4.8 à quitter les limites du port d'arrivée pour permettre le dédouanement des marchandises importées et/ou le chargement des marchandises destinées à l'exportation, en simplifiant les procédures de contrôle et en réduisant au minimum les documents.»

werden, das die Rückführung des blinden Passagiers übernimmt. Dieser Brief enthält die Informationen, welche die Behörden an dem Transitpunkt und/oder dem Ausschiffungspunkt benötigen.

Anmerkung:

Diese Empfehlung soll die öffentlichen Behörden nicht an einer weiteren Vernehmung des blinden Passagiers zum Zweck einer möglichen Strafverfolgung und/oder Abschiebung hindern. Außerdem ist diese Empfehlung nicht so auszulegen, als widerspreche sie den Bestimmungen des Abkommens der Vereinten Nationen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls der Vereinten Nationen vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, die das Verbot der Ausweisung oder Zurückweisung eines Flüchtlings betreffen."

2 Abschnitt 4 – Ankunft, Verbleib und Abgang der Ladung und anderer Gegenstände

.1 Empfehlung 4.9 wird wie folgt geändert:

„4.9 **Empfehlung.** Die öffentlichen Behörden sollen in ihren in Norm 4.8 genannten Vorschriften die Anerkennung einer einfachen Erklärung vorsehen, daß vorübergehend eingeführte Container und Paletten innerhalb der von dem betreffenden Staat festgesetzten Frist wiederausgeführt werden.“

.2 Norm 4.10 wird wie folgt geändert:

„4.10 **Norm.** Die öffentlichen Behörden gestatten, daß die nach Norm 4.8 in das Hoheitsgebiet eines Staates verbrachten Container und Paletten die Grenzen des Anlaufhafens zwecks Abfertigung eingeführter Ladung und/oder Laden von Ausfuhrladung unter vereinfachten Kontrollverfahren und unter Vorlage möglichst weniger Dokumente überschreiten.“

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls zum Madrider Abkommen
über die internationale Registrierung von Marken**

Vom 16. Oktober 2000

Das Protokoll vom 27. Juni 1989 zum Madrider Abkommen über die internationale Registrierung von Marken (BGBl. 1995 II S. 1016) ist nach seinem Artikel 14 Abs. 4 Buchstabe b für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Antigua und Barbuda	am	17. März 2000
Japan	am	14. März 2000
nach Maßgabe der in Artikel 5 Abs. 2 Buchstabe b und Artikel 8 Abs. 7 Buchstabe a des Protokolls vorgesehenen Erklärungen		
Lettland	am	5. Januar 2000
Marokko	am	8. Oktober 1999
Sierra Leone	am	28. Dezember 1999.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 12. März 1999 (BGBl. II S. 345).

Berlin, den 16. Oktober 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
über die Europäische Konferenz der Verkehrsminister**

Vom 17. Oktober 2000

Das Protokoll vom 17. Oktober 1953 über die Europäische Konferenz der Verkehrsminister (BGBl. 1971 II S. 1290) ist nach seinem Artikel 15 Abs. 2 für

Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik am 26. Februar 1997
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 18. August 2000 (BGBl. II S. 1208).

Berlin, den 17. Oktober 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe**

Vom 18. Oktober 2000

Das Einheits-Übereinkommen vom 30. März 1961 über Suchtstoffe in der durch das Protokoll vom 25. März 1972 zur Änderung des Einheits-Übereinkommens von 1961 geänderten Fassung (BGBl. 1977 II S. 111; 1980 II S. 1405; 1981 II S. 378; 1985 II S. 1103) ist nach seinem Artikel 41 Abs. 2 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Malediven am 7. Oktober 2000.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 11. August 2000 (BGBl. II S. 1203).

Berlin, den 18. Oktober 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Berner Übereinkunft
zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst**

Vom 23. Oktober 2000

I.

Die Berner Übereinkunft vom 9. September 1886 zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst in der in Paris am 24. Juli 1971 beschlossenen Fassung (BGBl. 1973 II S. 1069; 1985 II S. 81) ist nach ihrem Artikel 29 Abs. 2 Buchstabe a für

Antigua und Barbuda	am	17. März 2000
Armenien	am	19. Oktober 2000
Belize	am	17. Juni 2000
Katar	am	5. Juli 2000
Nicaragua	am	23. August 2000
Tadschikistan	am	9. März 2000

in Kraft getreten.

II.

Portugal hat dem Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum am 12. Mai 1999 die Erstreckung der Übereinkunft in der in Paris beschlossenen Fassung auf Macau notifiziert. Nach Artikel 31 Abs. 3 Buchstabe a der Übereinkunft ist die Erstreckung auf Macau am 12. August 1999 wirksam geworden.

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (02 28) 3 82 08 - 0, Telefax: (02 28) 3 82 08 - 36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1999 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postbankkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 7,40 DM (5,60 DM zuzüglich 1,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 8,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

III.

Die in Paris beschlossene Fassung der Übereinkunft ist nach ihrem Artikel 28 Abs. 2 Buchstabe c und Abs. 3 für

Belgien am 29. September 1999

Liechtenstein am 23. September 1999

in Kraft getreten.

IV.

Die Artikel 1 bis 21 und der Anhang der in Paris beschlossenen Fassung der Übereinkunft sind nach ihrem Artikel 28 Abs. 1 Buchstabe c für

Argentinien am 19. Februar 2000

Island am 25. August 1999

in Kraft getreten.

V.

Kroatien hat dem Generaldirektor der Weltorganisation für geistiges Eigentum am 30. März 2000 nach Artikel 30 Abs. 2 Buchstabe c der Pariser Fassung der Übereinkunft die Rücknahme seiner nach Artikel 30 Abs. 2 Buchstabe a abgegebenen Erklärung notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 17. November 1978 (BGBl. II S. 1394), vom 6. Februar 1975 (BGBl. II S. 229), vom 11. April 1972 (BGBl. II S. 307), vom 19. September 1980 (BGBl. II S. 1342), vom 4. März 1988 (BGBl. II S. 358), vom 1. Dezember 1992 (BGBl. 1993 II S. 26) und vom 15. Juli 1999 (BGBl. II S. 699).

Berlin, den 23. Oktober 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger